HEINRICH BÖLL STIFTUNG
GUNDA WERNER INSTITUT

E-PAPER

Antifeminismus auf dem Weg durch die Institutionen

Strategien und maskulistische Netzwerke

VON DOROTHEE BECK, THOMAS GESTERKAMP, ANDREAS KEMPER, BARBARA STIEGLER UND HENNING VON BARGEN

Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, Oktober 2021

Antifeminismus auf dem Weg durch die Institutionen

Von Dorothee Beck, Thomas Gesterkamp, Andreas Kemper, Barbara Stiegler und Henning von Bargen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 3

Einleitung 5

1 Staatliche Förderung von Antifeminismus: Der Entscheidungsprozess 10

2 Antifeministische Vernetzungen 13

2.1 Forum Soziale Inklusion: Entstehungsgeschichte des FSI 13

2.2 Etappenziele: Deutscher Gender-Kongress und Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter 18

3 Antifeministische Strategien: Täuschung und Tarnung 23

3.1 Umdeutung von Begriffen: Beispiel «Gender Empathy Gap» 24

3.2 Narrative: Beispiel «Parental Alienation Syndrome» 29

4 Sind Väterrechtler rechts? 32

5 Transparent und dialogorientiert? Kriterien und Beispiele zur Einordnung gleichstellungspolitischer Akteur*innen 38

5.1 Organisation 38

5.2 Positionen zur Gleichstellungspolitik 39

5.3 Breite geschlechterpolitischer Thematiken und Repräsentanz 44

5.4 Strategien und Verhalten 48

6 Fazit 51

Glossar 53

Autor*innen 66

Vorwort

Antifeministische Männer und Frauen melden sich bereits seit Mitte der 2000er-Jahre lautstark in der Öffentlichkeit zu Wort – besonders im Internet und in den sozialen Medien. Sie halten die Gleichstellung von Frauen und Männern für längst erreicht und ignorieren andere Geschlechtsidentitäten und Lebensweisen völlig. Ihre heteronorme und binäre Sicht lässt das nicht zu. Männer seien heute benachteiligt – das ist ihre große Klage. Politische Gegner*innen sind für sie alle, die Gleichstellungspolitik organisieren und vorantreiben, alle Feminist*innen sowieso, und auch emanzipationsorientierte Männer werden angegriffen.

Die Anfang 2012 vom Gunda-Werner-Institut herausgegebene Expertise *Die antifeministische Männerrechtsbewegung. Denkweisen, Netzwerke und Online-Mobilisierung* hat diese antifeministische Männerrechtsszene genauer untersucht und kam damals zu dem Ergebnis, dass diese Szene bislang wenig Wirkung erzielt habe. Ihre Verlautbarungen und öffentlichen Veranstaltungen stießen auf wenig Interesse. Aber die Analyse wies auch darauf hin, dass ein nicht unerhebliches Potential in der Männerrechtsszene stecke, weil sie durchaus den Diskurs über Geschlechterverhältnisse und Gleichstellungspolitiken massiv beeinflussen könne.

So werden z.B. Geschlechterforschung und Gender Studies heute wie damals angegriffen und mit dem Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit und Ideologieorientierung überzogen. Die Kritik weitet sich inzwischen auf die gesamten Sozial- und Geisteswissenschaften aus. Es gilt daher der zunehmenden Wissenschaftsfeindlichkeit zu begegnen und die Freiheit von Forschung und Lehre zu gewährleisten.

Mit dem Auftreten der Partei AfD und deren Wahl in den Bundestag 2017 haben antifeministische, maskulistische und männerrechtlerische Positionen ein wirksames Sprachrohr bekommen. Jene werden bis in die Parlamente getragen und bilden Diskursbrücken in die Mitte der Gesellschaft. Demokratiefeindliche, antifeministische Inhalte, Argumentations- und Deutungsmuster verbreiten sich und werden so «normalisiert». Dies hat auch die von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte Leipziger Autoritarismusstudie 2020 wieder bestätigt. Antifeminismus, Sexismus und Rassismus sind so existent wie immer. Sie bleiben trotz aller Errungenschaften gesellschaftliche Realität. Gerade in den sozialen Medien breitet sich eine tiefsitzende Frauenfeindlichkeit aus und schafft eine «toxische Atmosphäre». In seinen inzwischen vielfältigen Erscheinungsformen ist Antifeminismus kein letztes Aufbäumen des Patriarchats, sondern eine ernste Bedrohung für Gleichstellungspolitiken und damit für die Demokratie.

Die Angriffe auf feministische und frauenpolitische Errungenschaften finden in einem anderen Kontext statt als vor 10 Jahren. Die Akteur*innenlandschaft hat sich verändert, ebenso manche Inhalte und Strategien. Die Autor*innen dieser Handreichung haben daher

entlang von Beispielen genauer diese Entwicklungen untersucht und sind den Fragen nachgegangen: Wo und vor allem wie sind antifeministische und maskulistische Gruppierungen heute aktiv? Mit welchen Strategien und Argumentationen versuchen sie, Einfluss auf die Gleichstellungspolitik zu gewinnen und staatliche Fördergelder zu akquirieren? Die von den Autor*innen entwickelten Kriterien und Leitfragen sollen gleichstellungspolitischen Akteur*innen dabei helfen, diese Gruppierungen besser einordnen und einschätzen zu können.

Die Handreichung liefert zahlreiche Quellen- und Literaturhinweise, die das weitere Vertiefen möglich machen. Unser großes Dankeschön geht an die Autor*innen für diese umfangreiche Recherche. Ebenso bedanken möchten wir uns bei den vielen Kolleg*innen aus Wissenschaft und Praxis, die uns mit Hinweisen und Feedback unterstützt haben.

Antifeminismus und Frauenhass entgegenzutreten und für die offene, liberale Gesellschaft und Demokratie zu streiten und sie zu stärken, das ist und bleibt ein Kernanliegen der Heinrich-Böll-Stiftung und des Gunda-Werner-Instituts.

Berlin, im Herbst 2021

Barbara Unmüßig
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Henning von Bargen
Gunda-Werner-Institut

Einleitung

Ende November 2020 wurde in der sogenannten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag der Etat für 2021 auf Initiative des CSU-Politikers Florian Oßner um 400.000 Euro aufgestockt. Damit sollte der Verein FORUM SOZIALE INKLUSION[1] (FSI) gefördert werden. Der Haushaltsvermerk ist mit dem Klammerzusatz «verstetigt» versehen, als Absichtserklärung für zukünftige Jahre.

Frauen- und gleichstellungspolitische Organisationen protestierten daraufhin mit offenen Briefen und Stellungnahmen[2], Medien skandalisierten den Vorgang.[3] Denn der Verein wird von zahlreichen frauen- und geschlechterpolitischen Akteur*innen als antifeministisch und «MÄNNERRECHTSVEREIN» bewertet.[4] Vertreter*innen von Parteien zeigten sich daraufhin reumütig, zum Teil auch ahnungslos.[5] Das für die Haushaltsdurchführung zuständige Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) reagierte förmlich.[6] Das Forum Soziale Inklusion wies die Kritik zurück, es sah sich verunglimpft und zu Unrecht «in die rechte Ecke» gestellt.[7] (Mehr dazu in Kapitel 1.)

1 In Kapitälchen gesetzte Begriffe werden im Glossar erläutert.

2 Siehe: *http://www.zwd.info/empoerung-ueber-400.000-euro-zuwendung-an-reaktionaeren-maennerrechtsverein-1.html* (Abfrage vom 30.5.2021).

3 Siehe: *https://www.spiegel.de/politik/deutschland/grosse-koalition-foerdert-antifeministischen-verein-mit-400-000-euro-a-00000000-0002-0001-0000-000174419257 https://taz.de/Haushalt-des-Frauenministeriums/!5737409/*, *https://taz.de/Haushalt-des-Bundesfrauenministeriums/!5737743/*, *https://www.merkur.de/politik/bundesfrauenministerium-maennerrechtsverein-foerderung-forum-soziale-inklusion-90206274.html*, *https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/der-coup-der-maskulinisten*, *https://plus.tagesspiegel.de/gesellschaft/staatsgeld-fuer-umstrittenen-verein-wie-das-fsi-an-sein-foerderung-kam-148802.html* (Abfrage vom 30.5.2021).

4 Siehe: *http://www.zwd.info/empoerung-ueber-400.000-euro-zuwendung-an-reaktionaeren-maennerrechtsverein-1.html* (Abfrage vom 16.4.2021).

5 Z.B. Michael Leutert (Die LINKE) am 10. Dezember in der Sitzung des Bundestages: «In eigener Sache möchte ich noch ein Problem ansprechen, verbunden mit einer Bitte. Es ist schwer, es einzugestehen: Auch uns Haushältern passiert manchmal ein Fehler.» Plenarprotokoll des Bundestages, 19. Wahlperiode – 199. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 10. Dezember 2020, Nr. 2509, Seite 75, *https://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19199.pdf* (Abfrage vom 30.5.2021). Tagesspiegel vom 23.5.2021: «Der Abgeordnete einer Oppositionsfraktion, der anwesend war, sagt: «Es ist uns peinlicherweise durchgerutscht. Bei den Milliardensummen, über die in diesen 18 Stunden abgestimmt wurde, lief das FSI leider einfach unter dem Radar durch.» Ein anderer Parlamentarier sagt, dieser Verein sei ihnen «untergejubelt» worden wie ein «Trojanisches Pferd», *https://plus.tagesspiegel.de/gesellschaft/staatsgeld-fuer-umstrittenen-verein-wie-das-fsi-an-sein-foerderung-kam-148802.html* (Abfrage vom 30.5.2021).

6 Siehe: *https://taz.de/Maennerrechtler-und-Bundesmittel/!5753426/*, *https://www.facebook.com/179806689429725/posts/900796387330748/* (Abfrage vom 30.5.2021).

7 Siehe: *https://fsi-ev.de/bundestag-bewilligt-400-000-e-foerderung-fuer-verein-der-sich-fuer-frauen-und-maenner-einsetzt/* (Abfrage vom 27.2.2021).

Nicht nur feministische Akteur*innen stellen sich seither die Frage, wie diese Entscheidung im Haushaltsausschuss zustande kam: War das ein Versehen von Unwissenden? War es eine gezielte Operation von Sympathisant*innen?

Gegen Unwissenheit hilft Aufklärung – dazu soll diese Handreichung beitragen. Die Frage möglicher Vernetzungen des Forum Soziale Inklusion bis hinein in einzelne Parteien wird jedoch weiteren Recherchen vorbehalten bleiben müssen.

Antifeminismus als Brücke

In den letzten Jahren sind die Angriffe rechtsextremer, rechtspopulistischer und antifeministischer Gruppierungen sowie der AfD auf gleichstellungspolitische Errungenschaften und feministische Aktivitäten in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt.[8] Öffentlichkeitswirksam mobilisieren sie gegen angeblichen Gender-Wahn und sogenannte Gender-Ideologie. Die Ablehnung geschlechterpolitischer Liberalisierungen, sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie eines «als omnipotent und machtvoll verstandenen Feminismus«[9] bilden dabei ein Band.[10] Sie begründen eine Diskurskoalition zwischen diesen Gruppen und schaffen eine Brücke in die Mitte der Gesellschaft. Demokratiefeindliche, antifeministische Inhalte, Argumentations- und Deutungsmuster verbreiten sich und werden normalisiert. Die Leipziger Autoritarismusstudie 2020 stellt fest: «Wer rechtsextrem ist, neigt zum Antifeminismus, und wer antifeministisch ist, neigt zum Rechtsextremismus.»[11] Diese Erkenntnisse sind in progressiven geschlechterpolitischen Kreisen hinlänglich bekannt und werden als Bedrohung der liberalen Demokratie und der offenen Gesellschaft wahrgenommen und gewertet.

Gleichstellungsorientierte Männerpolitiken etablieren sich

Denn Gleichstellungspolitik hat sich in Deutschland – nicht zuletzt durch kontinuierlichen Druck feministischer und progressiver Bewegungen – zu einem wichtigen Teil des

8 Mehr Informationen dazu: *https://www.gwi-boell.de/de/antifeminismus* (Abfrage vom 30.5.2021).

9 Juliane Lang, Ulrich Peters: Antifeminismus in Deutschland, S. 14, in: Juliane Lang, Ulrich Peters (Hg.): Antifeminismus in Bewegung, Martapress 2018.

10 Eszter Kováts, Maari Põim: Gender as symbolic glue. The position and role of conservative and far right parties in the anti-gender mobilizations in Europe, *https://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/11382.pdf* (Abfrage vom 30.5.2021).

11 Charlotte Höcker, Gert Pickel, Oliver Decker: Antifeminismus – das Geschlecht im Autoritarismus?, S. 276, in: Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Psychosozial-Verlag 2020.

demokratischen Prozesses entwickelt. Sie fußt auf dem im Grundgesetz festgelegten Gleichheitsrecht und garantiert die Gleichheit vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung der Geschlechter und verbietet Diskriminierung und Bevorzugung aufgrund bestimmter Merkmale. Das Grundgesetz verpflichtet den Staat, die Gleichstellung aktiv zu fördern. Gleichstellungspolitik wird von der Bundesregierung inzwischen als «Motor für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft«[12] bezeichnet. Seit 2008 beleuchteten drei umfangreiche und differenzierte Gleichstellungsberichte[13] wichtige gleichstellungpolitische Handlungsfelder. Es gibt zwar zu Recht feministische Kritik an der immer noch sehr binär ausgerichteten Sichtweise auf Geschlechterverhältnisse, an Umsetzungsdefiziten und noch manche politische Leerstelle. Aber auch da ist vieles in Bewegung geraten, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Vielfalt von Geschlechtsidentitäten sind inzwischen wichtiger Bestandteil der bundesdeutschen Gleichstellungspolitik geworden.[14] Auch die EU-Gleichstellungsstrategie 2020 bis 2025 signalisiert einen ambitionierten Aufbruch. Sie will einen zweigeteilten Ansatz verfolgen: Gender Mainstreaming und eine intersektionelle Perspektive in «allen wichtigen Initiativen» der EU-Politik.[15] Mit der Verabschiedung der Gleichstellungsstrategie und der Gründung der Bundesstiftung Gleichstellung hat Deutschland nachgezogen (siehe auch Kapitel 5).

Gleichzeitig haben sich seit vielen Jahren gleichstellungsorientierte, teils profeministische männerpolitische Organisationen etabliert und fachlich ausdifferenziert. Sie finden sich vor allem in den Feldern Jungen-, Väter- und Männerarbeit, Gewaltberatung und -prävention, Lebensberatung, Schwulenberatung aber auch in der Selbstorganisation und Unterstützung von queeren Personen.[16] Zum Teil bekommen sie staatliche Förderung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene und bringen ihre Expertise in fachpolitische Diskurse auf allen Ebenen ein. Dachverbände wie das gleichstellungsorientierte BUNDESFORUM MÄNNER oder die BUNDES- UND LANDESARBEITSGEMEINSCHAFTEN JUNGENARBEIT tragen männerpolitische Positionen und Themen in die staatliche Gleichstellungspolitik und versuchen, diese im gleichstellungspolitischen Feld stärker zu machen. Sie sind dabei im Dialog mit frauen- und

12 Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung BMFSFJ (Hrsg.) (2020), S.5, *https://www.bmfsfj.de/blob/jump/158356/gleichstellungsstrategie-der-bundesregierung-data.pdf* (Abfrage vom 30.4.2021).

13 Siehe: *https://www.gleichstellungsbericht.de/* (Abfrage vom 30.4.2021).

14 Siehe: *https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gleichgeschlechtliche-lebensweisen-geschlechtsidentitaet/gleichgeschlechtliche-lebensweisen-und-geschlechtliche-vielfalt-73924* (Abfrage vom 30.4.2021).

15 *Siehe: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0152&from=DE* (Abfrage vom 30.4. 2021).

16 Siehe z.B.: Markus Theunert (Hrsg.) Männerpolitik, Springer VS 2012; Mara Kastein: Gleichstellungsorientierte Männerpolitik unter Legitimationsdruck, Budrich Verlag 2019, *https://bundesforum-maenner.de/*; *https://www.big-berlin.info/node/151*; *https://maennerberatungsnetz.de/*, *https://bag-jungenarbeit.de/*, *https://www.queere-jugend-hilfe.de/mitgliedsorganisationen/*; *https://vend-ev.de/*; *https://www.lsvd.de/de/home*; *https://abqueer.de/*; *https://www.transinterqueer.org/* (Abfrage vom 30.5.2021).

gleichstellungspolitischen Organisationen und grenzen sich bewusst von antifeministischen, maskuli(ni)stischen und männerrechtlerischen Positionen und auch der AfD[17] ab.

Vor dem Hintergrund der überraschenden Entscheidung über die Mittelvergabe im Bundestag stellt sich einmal mehr die Frage, wo und vor allem wie antifeministische und maskulistische Gruppierungen heute aktiv sind und mit welchen Strategien sie versuchen, Einfluss zu gewinnen. Hat es einen Strategiewechsel gegeben, um ihre Anliegen erfolgreicher umzusetzen und die politische Debatte zu beeinflussen?

Antifeminismus mit neuer Strategie

Die Autor*innen dieser Handreichung gehen davon aus, dass die Angriffe gegen Frauen-, Geschlechter- und Gleichstellungspolitiken in den beginnenden 2020er-Jahren in einem neuen Kontext stattfinden. Akteur*innen, Inhalte und Strategien haben sich verändert. Einst einflussreiche maskulistische Gruppen wie AGENS («Arbeitsgemeinschaft zur Verwirklichung der Geschlechter-Demokratie») und auch der Verein MANNDAT, der vorrangig die angebliche Benachteiligung von Jungen im Bildungssystem anprangert, haben inzwischen an Einfluss verloren. In den Vordergrund geschoben haben sich stattdessen Anti-Gender-Aktivist*innen und die Lobbyisten der Scheidungsväter. Parlamentarische Unterstützung erhalten sie vorrangig von der in Teilen rechtsextremen AfD.

Nach zahlreichen vergeblichen Versuchen, Anerkennung im bürgerlichen Milieu zu finden und Zugang zu staatlichen Fördertöpfen zu erhalten, verfolgen einige maskulistische Akteur*innen eine neue Strategie: MIMIKRY. Sie verstecken und tarnen ihre maskulistischen Positionen hinter weichgespülten Formulierungen, nutzen etablierte geschlechterpolitische Begriffe und deuten sie um. Die maskulistischen Haltungen, Positionen und Ziele geben sie aber nicht auf. Auch das Forum Soziale Inklusion zählt aus unserer Sicht zu diesen Gruppen, auch wenn es sich selbst als seriösen gleichstellungspolitischen Akteur beschreibt. So hat der Verein erst vor kurzem seine Website neu gestaltet und manche

17 Siehe: *https://bundesforum-maenner.de/wp-content/uploads/2019/08/BFM-MV2019_keine-Zusammenarbeit-mit-AfD.pdf*, *https://bundesforum-maenner.de/ueber-uns/plattform/* (Abfrage vom 30.5.2021).

Positionspapiere und Presseerklärungen, auf die sich Kritiker*innen beziehen, sind nicht mehr einfach auffindbar[18] (siehe dazu Kapitel 2.2).

Handreichung für progressive Gleichstellungspolitiken

Für Akteur*innen im geschlechterpolitischen Feld, in der Verwaltung und der Politik ist es nicht immer leicht, das zu durchschauen. Es fehlt manchmal an tiefer gehendem Wissen, um beurteilen zu können, ob es sich bei den jeweiligen Akteur*innen oder Antragsteller*innen um seriöse Gruppierungen handelt, die tatsächlich progressive gleichstellungspolitische Zielsetzungen verfolgen.

Diese Handreichung bietet entlang von Beispielen Informationen dazu, wie antifeministische und maskulistische Gruppierungen agieren, wie sie aufgestellt sind, welche Ziele und Strategien sie verfolgen und welche Positionen sie vertreten. Kriterien und Leitfragen unterstützen dabei, diese Gruppierungen besser einschätzen zu können; (Gegen-)Argumente zu ausgewählten Positionen helfen, die eigenen Positionen zu stärken. Ein Glossar zu Begriffen und Akteur*innen sowie Hinweise auf Quellen und weiterführende Publikationen runden das Informationsangebot ab.

18 So heißt es beispielsweise auf der Website des FSI im September 2019 noch unter dem Reiter «FSI»: «Die aktuell erfahrbare Bundespolitik setzt den Fokus nahezu ausschließlich auf Frauen und Mütter und ihre Bedürfnisse. Die Belange von Jungen, Männern und Vätern werden durch die Bundespolitik nicht gesehen; sie werden vielfach vorsätzlich unsichtbar gemacht. Aus dieser Erfahrung heraus sieht sich FSI gezwungen, sich – für eine Übergangszeit – deutlich den Bedürfnissen von Jungen, Männern und (getrennt erziehenden) Vätern zu widmen. FSI unterstützt dabei die Arbeit der IG-JMV. FSI fordert eine grundlegende Erneuerung des deutschen Familienrechts unter dem Ansatz von Gleichbehandlung für Mütter und Väter.» (Internetpräsenz des FSI vom September 2020, *https://web.archive.org/web/20200930223720/http://forum-social-inclusion.eu/FSI/*). Und dort wird dann mehrfach die Website der IG-JMV mit zahlreichen Pressemitteilungen verlinkt. Im Dezember 2020 ist an der selben Stelle der Website der Satz zur IG-JMV nicht mehr zu finden, aber es findet sich noch der Hinweis: «Weitere Stellungnahmen von FSI/IG-JMV finden Sie HIER [Link zur IG-JMV-Seite]», *https://web.archive.org/web/20201230130103/http://forum-social-inclusion.eu/FSI/*. Mit dem Relaunch der Internetseite wird in der Selbstbeschreibung der Geschichte des FSI die Zusammenarbeit mit der IG-JMV nicht mehr erwähnt (siehe *https://web.archive.org/web/20210126060712/https://fsi-ev.de/Presse/* und *https://fsi-ev.de/arbeit/*). Auch das verlinkte Presseportal beginnt erst mit Meldungen vom 21.01.2021 (*https://www.presseportal.de/nr/126727*). Zuvor wurde auf ein mit der IG-JMV verbundenes Presseportal verwiesen (Internetpräsenz des FSI vom September 2020: «FSI beteiligt sich an der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter (IG-JMV) [Link zum Presseportal]», *https://web.archive.org/web/20200930214238/http://forum-social-inclusion.eu/Pressemitteilungen/* (Abfragen vom 30.5.2021).

1 Staatliche Förderung von Antifeminismus: Der Entscheidungsprozess

Kurz vor den Abschlussberatungen über die kommenden Jahresbudgets herrscht meist Hochbetrieb in den Parlamentsbüros der Berichterstatter*innen im Haushaltsausschuss. Das letzte Treffen heißt «Bereinigungssitzung» und entscheidet über viele kleine und große Summen. Lobbyistische Interessenvertretungen, aber auch Mitglieder der eigenen Partei schicken Nachrichten oder kommen vorbei, sie versuchen auf den letzten Drücker, Gelder für ihre Klientel oder ihren Wahlkreis im Haushalt zu verankern. Der in allen Details ausgearbeitete Finanzplan für die einzelnen Ressorts umfasst viele Megabyte oder mehrere hundert eng bedruckte Seiten. Er enthält Extralisten für den «Vollzug» in den zuständigen Ministerien und Behörden mit kleinteiligen Einzelposten. Die Vorlage für die Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses wird von den Berichterstatter*innen der Koalitionsfraktionen kurz vor der Sitzung abgestimmt. Selbst für gut eingearbeitete Prüfende ist es nahezu unmöglich, dabei nichts zu übersehen und überall den Durchblick zu behalten. So passierte es auch in der 18-stündigen, bis weit in die Nacht dauernden Besprechung des Haushaltsausschusses am 26. November 2020.

Florian Oßner, CSU-Politiker aus Landshut und Berichterstatter für die Fraktion der CDU/CSU, hatte den Verein Forum Soziale Inklusion in den Finanzplan gesetzt. Dass die auf diese Weise Geförderten ganz in der Nähe seines Wahlkreises beheimatet sind, scheint kein Zufall. Oßner ist Neuling im Haushaltsausschuss und war abgesehen von seiner Mitgliedschaft in der ultrakatholischen «Marianischen Männerkongregation Altötting»[19] bisher wenig engagiert in familien- oder geschlechterpolitischen Fragen. Zu seiner Motivation, gerade diesen Verein zu fördern, ist nichts bekannt. Dem bayerischen Forum Soziale Inklusion wurden also Projektmittel in Höhe von 400.000 Euro zugesprochen, im Etatposten 68426 mit dem harmlos klingenden bürokratischen Titel «Zuschüsse und Leistungen für laufende Zwecke an Träger und für Aufgaben der Gleichstellungspolitik». Gleichzeitig sind in der dazu gehörigen, den Autor*innen vorliegenden Liste Vorhaben wie die Förderung der UN Women Deutschland, ein Modellprojekt zur «Unterstützung des Umstiegs aus der Prostitution», Maßnahmen gegen «geschlechtsspezifische Gewalt und Menschenhandel» sowie Gelder für das «Empowerment von Bürgermeisterinnen und Kommunalpolitikerinnen» verzeichnet. Die Aufstellung wirkt überwiegend frauenpolitisch orientiert und konform zu den Grundsätzen staatlicher Gleichstellungsstrategien.

19 Siehe: *https://florian-ossner.de/ehrenamt.html* (Abfrage vom 30.5.2021).

Michael Leutert von der Linkspartei entschuldigte sich im Nachhinein in der Parlamentsdebatte für seine fehlende Aufmerksamkeit.[20] Bei der zweiten und dritten Lesung des Bundesetats am 10. Dezember 2020 kritisierte der Abgeordnete aus Chemnitz die Unterstützung von Initiativen, «die unter zwei verschiedenen Namen auftauchen: unter dem einen Namen betreibt sie Geldakquise, und unter einem völlig anderen Namen tritt sie in der Öffentlichkeit auf». Er richtete einen klaren Appell an das Ministerium und die zuständige SPD-Ministerin Franziska Giffey, «im Vollzug des Haushaltes genau darauf zu achten, wer hier Geld beantragt und dass garantiert wird, dass nur die Initiativen und Verbände Geld bekommen, die unsere Institutionen und Werte nicht angreifen.»[21]

Ulle Schauws von der Grünen-Fraktion sprach vor der Presse gar von einem «frauenpolitischen Tiefschlag», der «nicht zu erklären sei».[22] Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen schrieb in einem offenen Brief an die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD, es sei « hochgradig irritierend und ärgerlich, dass die CDU/CSU-Fraktion die Aufnahme des Vereins in die Bundesförderung buchstäblich durch die Hintertür lanciert und die SPD-Fraktion den Antrag durchgewunken hat».[23] Zum peinlichen, öffentlich diskutierten Vorgang wurde das in der Rückschau auch für die mitregierende SPD: Sie hatte der Aufnahme des FSI zugestimmt, um andere Projekte im Feld der Gleichstellung nicht zu gefährden.

Das zuständige Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat sich öffentlich sehr schnell geäußert. Es «sieht die politische Ausrichtung des Vereins kritisch, insbesondere ist eine antifeministische Haltung nicht mit einer partnerschaftlichen Gleichstellungspolitik zu vereinbaren», heißt es in einer knappen, aber eindeutigen Antwort des Ministeriums auf schriftlich gestellte Fragen.[24] Zudem hebt die Stellungnahme hervor, die Spitze der Behörde sei «in die Entscheidung des Haushaltsausschusses nicht einbezogen» worden. Die bewilligte Summe wird in Relation zur Förderung des Bundesforum Männer als «nicht verhältnismäßig» bezeichnet. Das gesamte Jahresbudget dieser tatsächlich genderdialogisch orientierten männerpolitischen Akteure ist ungefähr genauso hoch wie die allein dem FSI für 2021 zugesagte Summe.

Um über die bewilligten Gelder verfügen zu können, muss der Verein Forum Soziale Inklusion (FSI) Förderanträge an das BMFSFJ stellen. Ein erster Versuch, in dem eine institutionelle Förderung beantragt wurde, scheiterte. Das BMFSFJ lehnte einen

20 Plenarprotokoll des Bundestages, 19. Wahlperiode – 199. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 10. Dezember 2020, Nr. 2509, Seite 75, *https://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19199.pdf* (Abfrage vom 30.5.2021).

21 Ebd.

22 Siehe: *https://taz.de/Haushalt-des-Frauenministeriums/!5737409/* (Abfrage vom 30.5.2021).

23 Siehe: *https://www.frauenbeauftragte.org/PM_Maennerrechtsverein* (Abfrage vom 30.5.2021).

24 Antwort auf Presseanfrage der Autor*innenteams vom 9. Dezember 2020.

entsprechenden Antrag nach Darstellung des FSI Anfang Januar 2021 ab.[25] Ein anschließend gestellter Antrag auf Projektförderung wurde Anfang Februar vom Ministerium bislang nicht bewilligt, ebenso weitere Anträge.[26] Das FSI hat im Juli 2021 erklärt, «rechtliche (anwaltliche) Schritte in Auftrag gegeben» zu haben.[27] Unter welchen Voraussetzungen die Fördermittel bewilligt werden, hängt entscheidend ab vom Ergebnis der Prüfung jedes Antrages durch das BMFSFJ. Die versprochenen Zahlungen können blockiert werden, falls sie den Förderrichtlinien «über die Gewährung von Zuschüssen und Leistungen für Aufgaben der Gleichstellung von Frau und Mann» und/oder der Bundeshaushaltsordnung widersprechen. Projektmittel, auch wenn sie im Haushaltsplan fest verankert sind, sind also nur vorläufig «reserviert», sie werden erst unter bestimmten Voraussetzungen endgültig vergeben (mehr dazu in Kapitel 5).

Ähnlich erfolgreich wie auf Bundesebene war das FSI mit seiner Lobbyarbeit im Bayerischen Landtag. Nach der Haushaltsdebatte am 24. März 2021 bewilligte das Parlament trotz deutlicher Kritik von verschiedenen Seiten dem Verein Forum Soziale Inklusion (FSI) mit den Stimmen von CSU und den Freien Wählern (FW) Fördermittel in Höhe von 20.000 Euro für 2021.[28] Die Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen der Landeshauptstadt München brachte in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Markus Söder ihr Unverständnis zum Ausdruck: «Bei dem FSI handelt es sich um eine Organisation, die gegen Feminismus mobil macht und Gleichstellungspolitik diffamiert und konterkariert».[29] Sie hält es «für dringend erforderlich, dass für die Förderung von Vereinen Kriterien zur Projektfinanzierung unter dem Fokus der Geschlechtergerechtigkeit entwickelt werden, damit der Mitteleinsatz öffentlicher Gelder für eine solidarische, demokratische und vielfältige Gesellschaft erfolgt».[30]

25 Siehe: *https://fsi-ev.de/bundesfrauenministerium-behindert-auszahlung-bewilligter-gelder/* (Abfrage vom 27.2.2021).

26 Ebd.; Anfrage des Tagespiegel und Antworten des FSI vom 17.5.2021, *https://fsi-ev.de/tagesspiegel-und-400-000-e/*; Pressemitteilung des FSI vom 21.5.2021, *https://fsi-ev.de/pressemitteilung-fsi-vom-21-05-2021/* (Abfrage vom 2.6.2021).

27 Siehe: *https://fsi-ev.de/dankeschoen-fuer-spenden/*

28 Siehe: *https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-csu-freie-waehler-verein-foerderung-1.5234565*, *https://fsi-ev.de/bayrischer-landtag-foerdert-fsi/*, *https://www.zeit.de/news/2021-03/24/bayern-finanziert-umstrittenen-verein-kritik-von-opposition*, *https://www.np-coburg.de/inhalt.bayern-bayern-finanziert-umstrittenen-verein-kritik-von-opposition.266740dd-ec47-4f99-aa01-33283d46adeb.html* (Abfragen vom 30.5.2021).

29 Schreiben der Vorsitzenden der Stadtratskommission zur Gleichstellung der Frauen der Landeshauptstadt München, Micky Wenngatz, vom 13. April 2021, liegt den Autor*innen vor.

30 Ebd.

2 Antifeministische Vernetzungen

Das Forum Soziale Inklusion (FSI) ist ein 2012 entstandener Verein der Männerrechtsbewegung in Deutschland.[31] Gegründet wurde er von Gerd Riedmeier[32], der kurz danach auch an der Organisation des männerrechtlich orientierten Deutschen Gender-Kongress (DGK) beteiligt war[33] und die Interessengemeinschaft Jungen, Männer, Väter (IG-JMV) mit aufbaute.[34]
Riedmeier sucht seit zehn Jahren den Kontakt zu den relevanten Entscheidungsstellen der Regierung und tritt im Rahmen seiner Vereine als Sprecher einer vermeintlich bundesweiten Bewegung auf.[35] Unter anderem organisierte er 2020 mit Unterstützung der Partei ÖDP eine internationale Tagung in den Räumlichkeiten des Europa-Parlamentes zum sogenannten Parental Alienation Syndrome (PAS).[36]

2.1 Forum Soziale Inklusion: Entstehungsgeschichte des FSI

Interessanter als der dünne offiziell verlautbarte Satzungszweck des FSI ist die Analyse des ideologischen Umfelds während der Vereinsgründung.

Gerd Riedmeier war 2011 Autor des von Agens als «Wissenschaftsband» herausgegebenen Buches «Schlagseite – MannFrau kontrovers», welches im Klappentext folgendermaßen beschrieben wird: «Nach Erreichen der formalen Gleichberechtigung von Mann und Frau entwickelte sich der Feminismus zu einer Staatsideologie. Es kamen Forderungen auf nach Auflösung der klassischen Rollenidentität von Mann und Frau in Gesellschaft und Familie. Einseitige Frauenförderung ging einher mit einer Männerabwertung. So geriet die Geschlechterdebatte allmählich – gepaart mit einer fortschreitenden Polarisierung – in eine Schlagseite. Die Folgen dieses ideologischen Feminismus blieben bisher überwiegend ein Tabu-Thema in der Öffentlichkeit. Die Autoren dieses Buches wollen dieses Tabu

31 Vereinsregisterauszug Vereinsregisternummer VR 201127 Amtsgericht Traunstein.

32 Ebd.

33 Väteraufbruch für Kinder e.V. Köln: «Gerd Riedmeier war Mitorganisator des Kongresses ‹Gender Reloaded› vom November 2015 in Nürnberg», *https://www.vafk-koeln.de/kinder/21-demoak-be/201-gerd-riedmeier.html* (Abfrage 15.04.2021).

34 Offener Brief: Gespräch mit der IG Jungen, Männer und Väter im Bundesministerium, *https://archive.is/FEPoE#selection-239.0-247.16* (Abfrage vom 15.04.2021).

35 Siehe z.B.: *http://archive.is/FEPoE#selection-239.0-247.16*, *https://www.cuncti.net/geschlechterdebatte/927-struktur-fuehrungs-und-glaubwuerdigkeitskrise-im-bundesforum-maenner* (Abfrage vom 30.5.2021).

36 Siehe: *https://www.presseportal.de/pm/121966/4510441* (Abfrage vom 30.5.2021).

aufbrechen. Sie zeigen die gesellschaftlichen, psychosozialen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen auf und geben beispielhaft Lösungsansätze. Ein weiterer Fokus liegt auf der Feminisierung in der Sprache und an Schulen, sowie der diskriminierenden ‹Gleich-Stellung› von Frauen an Hochschulen und im Kulturbetrieb. Am Ende kommt Hoffnung auf: die Zeit nach dem ideologischen Feminismus ist in ihren Konturen zu erkennen.»[37]

Herausgeber dieses antifeministischen Sammelbandes war der Vorsitzende des Vereins Agens, Eckhard Kuhla, in dem Gerd Riedmeier ebenfalls Mitglied war (einige Publikationen benannten ihn auch als Pressesprecher von Agens).[38] Neben Riedmeier verfassten im Sammelband das CDU-Mitglied Birgit Kelle und GÜNTHER BUCHHOLZ Texte gegen die «diskriminierende ‹Gleich-Stellung›».[39]

Buchholz ist der Verfasser der «FRANKFURTER ERKLÄRUNG» «CONTRA QUOTE» von 2013[40], und auch diese wurde von Riedmeier unterzeichnet.[41] Dort heißt es, dass Gleichberechtigung «längst Wirklichkeit» sei: «Unterrepräsentanz bedeutet tatsächlich keine Diskriminierung. Sie ist auch keine Folge gesellschaftlicher Zuweisungen oder einer angeblichen strukturellen Benachteiligung des weiblichen Geschlechts. Unterrepräsentanz ist vielmehr eine Folge von unterschiedlichen Wünschen, Präferenzen, Lebensentwürfen, auch von traditioneller Arbeitsteilung und nicht zuletzt von unterschiedlichen Qualifikationen von Männern und Frauen».[42]

Zeitlich gelegen zwischen der Mitarbeit im antifeministischen Agens-Buch 2011 und der Unterschrift unter die antifeministische «Frankfurter Erklärung» 2013 gründete Riedmeier 2012 – wie gesagt – den Verein Forum Soziale Inklusion[43] und fand dabei Mitstreiter aus demselben ideologischen Milieu: Die sich als zweite Vereinsvorsitzenden[44]

37 Siehe Buchpräsentation der agens-Seite: *https://agensev.de/schlagseite-mannfrau-kontrovers-2/* (Abfrage vom 30.4.2021).

38 Siehe: *https://web.archive.org/web/20200927073240/https://agensev.de/eine-ode-an-die-tochter-unserer-nachbarn/*; Maria Noichl: Maria informiert, Mai 2011, *https://www.yumpu.com/de/document/read/7236595/g-emeinschaftsschule-bayern-hilfe-und-info* (Abfrage vom 30.5.2021).

39 Siehe Buchpräsentation der agens-Seite: *https://agensev.de/schlagseite-mannfrau-kontrovers-2/* (Abfrage vom 30.4.2021).

40 Internetpräsenz Frankfurter Erklärung: Kontakt, *https://frankfurter-erklaerung.de/kontakt/* (Abfrage vom 30.5.2021).

41 Internetpräsenz Frankfurter Erklärung: Unterstützer, *https://web.archive.org/web/20130601145346/http://frankfurter-erklaerung.de/unterstutzer-2/* (Abfrage vom 30.5.2021).

42 Internetpräsenz Frankfurter Erklärung: Erklärung, *https://frankfurter-erklaerung.de/* (Abfrage vom 30.5.2021).

43 Vereinsregisterauszug Vereinsregisternummer VR 201127 Amtsgericht Traunstein.

44 Ebd.

abwechselnden ANDREAS SCHMOHL und MICHAEL BALEANU gehören zu den Mitunterzeichnern der Frankfurter Erklärung.[45]

Riedmeier gründete und agierte im Laufe der Zeit im Namen verschiedener Organisationen, zunächst «Forum Mann und Frau«[46], dann «Plattform Inklusion«[47], «Forum Inklusion[48]» und schließlich «Forum Soziale Inklusion». All diese Bezeichnungen vermitteln im Gegensatz zu den bekannten Vernetzungen nicht den Eindruck, dass es sich hier um Väterrechtler handelt. Das ist anscheinend beabsichtigt und stellt eine Form der Mimikry dar (siehe dazu Kapitel 4).

Erste größere Medienaufmerksamkeit erreichte Riedmeier kurz vor der FSI-Vereinsgründung durch ein Interview mit ARNE HOFFMANN.[49] Hoffmann ist der wohl bekannteste «Männerrechtler» in Deutschland – und wie Riedmeier Agens-Mitglied[50], Autor im Agens-Band «Schlagseite«[51] und Unterzeichner der Frankfurter Erklärung.[52]

45 Internetpräsenz Frankfurter Erklärung: Unterstützer, *https://web.archive.org/web/20130601145346/http://frankfurter-erklaerung.de/unterstutzer-2/* (Abfrage vom 30.5.2021).

46 Maria Noichl: Abgeordnetenbrief April 2011, *https://www.yumpu.com/de/document/read/42539128/abgeordnetenbrief-maria-noichl-marz-2010-trostberg*; siehe auch Maria informiert, Mai 2011, *https://www.yumpu.com/de/document/read/7236595/g-emeinschaftsschule-bayern-hilfe-und-info*, Foto auf S. 2 (Abfrage vom 30.5.2021), *https://www.bayern.landtag.de/parlament/gremien/kinderkommission/kinderkommission-archiv/eltern-kind-entfremdung-fachgespraech-und-fotoausstellung-im-maximilianeum/* (Abfrage vom 30.5.2021).

47 Gerd Riedmeier im Interview mit Arne Hoffmann: Gerd Riedmeier: Die «Plattform Inklusion» stellt sich vor, in: Freitag vom 12.03.2012, *https://www.freitag.de/autoren/ahoffmann/gerd-riedmeier-die-plattform-inklusion-stellt-sich-vor* (Abfrage vom 30.5.2021).

48 Vereinsregisterauszug Vereinsregisternummer VR 201127 Amtsgericht Traunstein.

49 Gerd Riedmeier: Die Platform Inklusion stellt sich vor. Interview mit Gerd Riedmeier geführt von Arne Hoffmann in der Wochenzeitig der Freitag, *https://www.freitag.de/autoren/ahoffmann/gerd-riedmeier-die-plattform-inklusion-stellt-sich-vor* (Abfrage vom 24.4.2021).

50 Internetpräsenz von agens e.V.: Über uns/Gründungsmitglieder, *https://web.archive.org/web/20101010194523/https://agensev.de/uber-agens/eine-seite/* (Abfrage vom 30.5.2021).

51 Siehe Buchpräsentation der agens-Seite: *https://agensev.de/schlagseite-mannfrau-kontrovers-2/* (Abfrage vom 30.4.2021).

52 Internetpräsenz Frankfurter Erklärung: Unterstützer, *https://web.archive.org/web/20130601145346/http://frankfurter-erklaerung.de/unterstutzer-2/* (Abfrage vom 30.5.2021).

Dem Gespräch mit Riedmeier kommt eine besondere Bedeutung zu, weil sich Hoffmann damit aus einer selbstauferlegten Publikationspause[53] zurückmeldete[54] und weil das eine neue Strategie innerhalb der Männerrechtsbewegung markiert.[55]

Hoffmann hatte sich 2011 nach dem Attentat von Anders Breivik in Norwegen von der rassistischen Maskulisten-Szene distanziert und ein halbes Jahr Pause beim Bloggen eingelegt. Nach dem Interview mit Riedmeier im März 2012 deklarierte er im April 2012 die «Eckpfeiler einer linken Männerpolitik».[56] Es sei inzwischen mit «seriösen Organisationen wie Agens und MANNdat» «eine Männerrechtsbewegung als neue Emanzipations- und Befreiungsbewegung auf die Bühne getreten». Während «sich Gerd Riedmeiers Plattform Inklusion als erste Anlaufstelle für dialogorientierte Männerrechtler» anböte, würde Hoffmann «gerne einen ersten Entwurf anbieten, welche Inhalte und Positionen» ihm für diese Bewegung kennzeichnend seien.[57] Die neue Männerrechtsbewegung sei «zunächst einmal eine **Anti-Diskriminierungsbewegung** [Fettdruck im Original]. Sie schließt sich insofern den Forderungen nach einer Beseitigung der Benachteiligungen von Männern an, wie sie beispielsweise die geschlechterpolitische Initiative MANNdat zusammengestellt hat. Ähnlich wie Professor Günter Buchholz ist sie nicht der Auffassung, Benachteiligungen wären in Ordnung, solange sie nur den vermeintlich Richtigen treffen».[58]

Bereits 2012 wurde diese Selbstverortung der Männerrechtsszene kritisch betrachtet. Andreas Kemper untersuchte das «Linke maskulistische Manifest» von Wolfgang

53 Arne Hoffmann: «Warum ich nicht mehr blogge», Webblog «Hinter meinem Schreibtisch», 21.08.2011, *http://arnehoffmann.blogspot.com/2011/08/warum-ich-nicht-mehr-blogge.html* (Abfrage vom 30.5.2021).

54 Am 11.03.2012 erschien in Arne Hoffmanns Blog «Genderama» der Artikel «Warum ich wieder blogge», *https://genderama.blogspot.com/2012/03/warum-ich-wieder-blogge.html*; der darauf folgende Artikel vom 12.03.2012 hatte den Titel: «Gerd Riedmeier: Die Plattform Inklusion stellt sich vor», *https://genderama.blogspot.com/2012/03/gerd-riedmeier-die-plattform-inklusion.html* (Abfrage vom 30.5.2021).

55 Siehe auch Andreas Kemper: Männerbewegung versus Männerrechtsbewegung, in: Andreas Kemper (Hg.): Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum, Münster 2012, S. 28-45.

56 Arne Hoffmann: Eckpfeiler einer linken Männerpolitik, in: Spiegelfechter vom 18.04.2012, *https://web.archive.org/web/20120515065138/http://www.spiegelfechter.com/wordpress/8167/eckpfeiler-einer-linken-mannerpolitik* (Abfrage vom 30.5.2021).

57 Ebd.

58 Ebd.; zur Auseinandersetzung mit diesen «Eckpfeilern» siehe Andreas Kemper: Männerbewegung versus Männerrechtsbewegung, in: Andreas Kemper (Hg.): Die Maskulisten, a.a.O., S. 28-45.

Wenger[59] und die «Eckpfeiler einer linken Männerpolitik» von Arne Hoffmann.[60] Er kam zu dem Schluss, dass deren Positionierung gegen «vier Punkte [...] einer emanzipatorischen Geschlechterpolitik» verstoße:

- «Aufhebung/ Dekonstruktion der essentialisierten Unterschiede
- Affirmative Action statt entpolitisierende Diskurse wie Anti-Political-Correctness
- Intersektionalität (das heißt Berücksichtigung potentieller Mehrfachdiskriminierungen)
- Kritisch reflektierende Selbstverortung bzw. Einbettung in die Geschichte/n der emanzipatorischen Geschlechterpolitik».[61]

Die von Hoffmann skizzierte Männerrechtsszene sei damit also nicht emanzipatorisch, schloss Kemper (zur Frage, ob die Väterrechtsszene «rechts» ist, siehe Kapitel 5).

Michael Baleanu war zwischen 2016 und 2020 zweiter Vorsitzender des FSI. Bis 2012, dem Gründungsjahr des FSI, war er Geschäftsführer[62] der MÄNNERPARTEI, die die «Abschaffung aller Gleichstellungsstellen» und des BMFSFJ forderte[63]. Im Jahr 2015 kommentierte Michael Baleanu das Manifest «Eckpfeiler einer linken Männerpolitik» von Arne Hoffmann mit den Worten: «‹Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.› lautet es im SPD-Programm. Da wir im real existierenden Matriarchat leben, müsste es eigentlich heissen [sic!]: ‹Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die weibliche überwinden.›»[64]

59 Wolfgang Wenger (2012): Linkes maskulistisches Manifest. Grundlagen für einen linken Maskulismus, in der Fassung vom 10.4.2012, 19:56.

60 Arne Hoffmann (2012): Eckpfeiler einer linken Männerpolitik, Gastbeitrag im Blog Spiegelfechter vom 18.4.2012, *https://web.archive.org/web/20120515065138/http://www.spiegelfechter.com/wordpress/8167/eckpfeiler-einer-linken-mannerpolitik* (Abfrage vom 30.5.2021).

61 Andreas Kemper: Männerbewegung versus Männerrechtsbewegung, in: Andreas Kemper (Hg.), a.a.O., S. 40.

62 Internetpräsenz der Männerpartei. Hier tritt Baleanu mehrfach explizit als «Geschäftsführer» auf: *https://web.archive.org/web/20080907125749/http://www.maennerpartei.com/gesetze.htm*; die Volkshochschule Leipzig weist in ihrem Frühjahrsprogramm 2013 noch für den 13.2.2013 eine Vorstellung der Männerpartei durch deren Geschäftsführer Michael Baleanu auf: *https://www.genderkongress.org/programm-2021/programm-2019/* (Abfrage vom 30.5.2021).

63 Männerpartei: Kernpunkte unserer Forderungen, *https://web.archive.org/web/20080907125441/http://www.maennerpartei.com/programm.htm* (Abfrage vom 30.5.2021).

64 Arne Hoffmann: Eckpfeiler einer linken Männerpolitik, in: Spiegelfechter vom 18.04.2012, Kommentar von Michael Baleanu am 1. Mai 2012 um 09:27 Uhr, *https://web.archive.org/web/20120515065138/http://www.spiegelfechter.com/wordpress/8167/eckpfeiler-einer-linken-mannerpolitik* (Abfrage vom 30.5.2021).

Aus der Entstehungsgeschichte des «Forum Soziale Inklusion» und aus der ideologischen Verortung der Vorsitzenden lässt sich ablesen, dass der FSI ein breites Sortiment antifeministischer Positionen im Gepäck hat. Mit der Gründung des Vereins 2012 verfolgte ein Teil der Männerrechtsbewegung die Strategie, sich von deutlich rechten Maskulisten abzusetzen, als emanzipatorisch-geschlechterdemokratisch zu positionieren und zugleich die Benachteiligung von Frauen und damit auch die Berechtigung des Feminismus nicht anzuerkennen.

2.2 Etappenziele: Deutscher Gender-Kongress und Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter

Gerd Riedmeier war – wie schon erwähnt – nach der Gründung des FSI wesentlich an der Organisation des ersten Deutschen Gender-Kongresses (DGK) in Nürnberg 2015[65] und an der in Folge entstandenen Interessengemeinschaft Jungen, Männer, Väter (IG-JMV) beteiligt.[66] Entsprechend hielt Riedmeier während des ersten DGK 2015 in Nürnberg den Einführungsvortrag.[67] Neben ihm referierte dort auch das FSI-Vereinsmitglied Michael Baleanu.[68]

Neben Riedmeier wird die TRADE 5 GMBH von SEBASTIAN VON MEDING (FDP) als Initiator genannt.[69] Angegeben als verantwortliche Person ist ein «Frank Mehding», die damals dort genannte Telefonnummer verweist auf Sebastian von Meding.[70] Meding gründete später mit dem zweiten Vorsitzenden des FSI, Andreas Schmohl, und einigen Teilnehmern des Deutschen Gender-Kongresses wie Anton Beer die Liberalen Männer[71], eine Männerrechtsorganisation, die der FDP nahesteht.

65 Internetpräsenz vom Väteraufbruch für Kinder Köln: Gerd Riedmeier, *https://www.vafk-koeln.de/kinder/21-demoakbe/201-gerd-riedmeier.html* (Abfrage vom 30.5.2021).

66 Ebd.

67 Internetpräsenz Deutscher Genderkongress: Programm 2015, *https://www.genderkongress.org/programm-2021/programm-2015/* (Abfrage vom 30.5.2021).

68 Ebd.

69 Internetpräsenz Deutscher Genderkongress: Einladung zum Kongress «Gender Reloaded» 2015: Impressum, *https://web.archive.org/web/20150902230416/https://www.genderkongress.org/* (Abfrage vom 30.5.2021).

70 Homepage von Sebastian von Meding: Kontakt, *http://www.sebastianvonmeding.de/kontakt/* (Abfrage vom 30.5.2021).

71 Homepage der Liberalen Männer: Vorstand, *https://web.archive.org/web/20171029154147/http://www.liberale-maenner.de/menu/vorstand*; aktuelle Website: *http://www.liberale-maenner.de/* (Abfrage vom 09.05.2021).

Die Entstehung des Deutschen Genderkongresses ist also eng mit dem FSI verbunden. Bisher fand dieser alle zwei Jahre zwischen 2015 und 2019 in Nürnberg statt.[72] Ursprünglich waren ein engerer Turnus und auch andere Veranstaltungsorte angedacht, die sich aber alle nicht realisieren ließen. Nach dem ersten Kongress Ende November 2015 war zunächst für Mai 2016 der nächste in Frankfurt am Main geplant.[73] Nach Protesten fand die Tagung dann doch erst im Mai 2017 in Nürnberg statt. Für den November 2018 war der nächste Kongress in der Messe Köln angekündigt.[74] Auch dieser Termin musste in den November 2019 verschoben werden. Der vierte Kongress, der ursprünglich für 2021 in Erfurt geplant[75] war, soll nun doch auch wieder in Nürnberg stattfinden.[76]

Laut Angaben der Internetpräsenz basiert der DGK inhaltlich unter anderem auf der Arbeit folgender Verbände, Vereine und Initiativen:[77] Alles Evolution, Cuncti, Demo für alle, Faktum, Frankfurter Erklärung, MANNdat, Nicht-Feminist, Science Files und die von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien als jugendgefährdent indizierte Plattform WIKIMANNIA.[78] Diese Verbände, Vereine und Initiativen sind unserer Einschätzung nach alle im antifeministischen Feld zu verorten.

Die Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter (IG-JMV) wurde im Anschluss an den Deutschen Gender Kongress im November 2015 gegründet.[79] Gerd Riedmeier fungierte über einen langen Zeitraum als Sprecher der IG-JMV.[80] Im Impressum wurden folgende Organisationen (Vorsitzende in Klammern) aufgeführt:[81]

72 Siehe Programme auf der Internetpräsenz des Deutschen Genderkongresses (es gibt unterschiedliche Schreibweisen für die Veranstaltung): *https://www.genderkongress.org/* (Abfrage vom 30.5.2021).

73 Internetpräsenz des Deutschen Genderkongresses: Registrierung zum Genderkongress 2016, *https://web.archive.org/web/20160126081450/http://www.genderkongress.org/anmeldung* (Abfrage vom 30.5.2021).

74 Internetpräsenz des Deutschen Genderkongresses: Registrierung zum Genderkongress 2018, *https://web.archive.org/web/20170708084504/https://www.genderkongress.org/anmeldung/* (Abfrage vom 30.5.2021).

75 Internetpräsenz des Deutschen Genderkongresses: Registrierung zum Genderkongress 2021, *https://web.archive.org/web/20201031160849/https://www.genderkongress.org/anmeldung/* (Abfrage vom 30.5.2021).

76 Ebd.

77 Siehe: *https://www.genderkongress.org/verbände/*, *https://archive.is/AEQzv* (Abfrage vom 15.04.2021).

78 Siehe: *https://blog.wikimannia.org/die-indizierung-wikimannias-als-getarnter-akt-der-zensur/* (Abfrage 30.4.2021).

79 Internetpräsenz Geschlechterpolitik 2020: Interessengemeinschaft (IG) Jungen, Männer und Väter, *http://archive.is/lnhQo* (Abfrage vom 31.5.2021).

80 Siehe: *http://archive.is/NAkxs*; *https://web.archive.org/web/20170522214228/http://www.ig-jungen-m%C3%A4nner-v%C3%A4ter.de/Impressum/* (Abfrage vom 02.06.2021).

81 Ebd.

- Forum Soziale Inklusion e.V. (Gerd Riedmeier, 1. Vorsitzender)
- MANNdat e.V. (Thomas Walter, 1. Vorsitzender)
- VÄTER-NETZWERK E.V. (ANDRÉ ROSSNAGEL, 2. Vorsitzender)
- DÜSSELDORFER KREIS (HARTMUT WOLTERS, 1. Vorsitzender)
- TRENNUNGSVÄTER E.V. (Thomas Penttilä, 1. Vorsitzender)
- VÄTERAUFBRUCH FÜR KINDER KÖLN E.V. (Hartmut Wolters).

Aktuell (Stand 30.05.2021) sieht sich die IG-JMV nur noch als Zusammenschluss der Gruppierungen:[82]

- MANNdat e. V.
- Trennungsväter e. V.
- VÄTERBEWEGUNG (Förderverein).

Das FSI und das Väter-Netzwerk sind ausgeschieden.[83] Und auch der Düsseldorfer Kreis und Väteraufbruch für Kinder Köln e.V. werden nicht mehr als Mitglieder gelistet. Allerdings ist die ehemalige Kontaktperson des Düsseldorfer Kreises, Hartmut Wolters, inzwischen Vorstandsmitglied des Vereins Väterbewegung[84], der nun als neues Mitglied des IG-JMV aufgeführt wird.

Die Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter legitimiert sich in scharfer Abgrenzung zum Bundesforum Männer – Interessenverband für Jungen, Männer und Väter, welches aus Sicht der IG-JMV «falsche Schwerpunkte» setze, «bei vielen Themen seit Jahren untätig» bleibe und «sich dem Dialog mit unabhängigen Männer- und Väterinitiativen» entziehe. Weiter heißt es: «Zu unserem Erstaunen wirkt es [*Bundesforum Männer*] nachweisbar seiner eigenen Interessensgruppe entgegen»[85]. Daher möchte sich die IG-JMV als Ansprechpartner beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend anbieten.

82 Internetpräsenz der IG-JMV, *https://ig-jmv.de/ueber-uns/* (Abfrage vom 30.5.2021).

83 Siehe: *https://ig-jmv.de/in-eigener-sache-neuer-webauftritt/* (Abfrage vom 30.4.2021).

84 Internetpräsenz des Vereins Väterbewegung e.V.: Impressum, *https://vaeterbewegung.org/impressum/* (Abfrage vom 30.5.2021).

85 IG JMV: Offener Brief. Gespräch mit der IG Jungen, Männer und Väter im Bundesministerium. Nachgang zu Schilderungen im Offenen Brief v. 13.03.16, Internetpräsenz der IG JMV, *http://archive.is/FEPoE#selection-239.0-247.16* (Abfrage vom 30.5.2021); siehe auch: Offener Brief von IG JMV an Paul Lehrieder, Cuncti vom 05.04.2016: *https://www.cuncti.net/geschlechterdebatte/927-struktur-fuehrungs-und-glaubwuerdigkeitskrise-im-bundesforum-maenner* (Abfrage vom 16.4.2021).

Aktuell verweisen das FSI einerseits und der Deutsche Gender-Kongress/IG-JMV andererseits nicht mehr aufeinander. Bisherige Inhalte sind zum Teil nicht mehr auf deren Internetseiten, sondern nur noch über externe Archivdienste auffindbar.[86] Die Webseite des IG-JMV wurde am 18. Januar 2021 aktualisiert mit dem Hinweis darauf, dass ihr bisheriger Sprecher Gerd Riedmeier am 27. Juli 2020 die IG-JMV auf eigenen Wunsch verließ und das Forum Soziale Inklusion im Nachgang ebenfalls austrat.[87] Es ist nicht bekannt warum. Auf der Webseite des FSI findet sich dazu nichts, auch kein Hinweis zu ehemaligen oder aktuellen Mitgliedschaften und Netzwerken. Dies könnte auf inhaltliche Differenzen zwischen FSI und IG-JMV hinweisen, aber auch taktische Gründe haben. Wir vermuten Letzteres aufgrund der zeitlichen Koinzidenz zu den Bemühungen des FSI um staatliche Förderung.

Die Szene der Väterrechtler, die das FSI vertreten will, besteht aus einer Vernetzung von wenigen Männern, die immer wieder in neuen Vereinen auftreten. So wurde Ende 2006 die «Männerpartei» gegründet, Geschäftsführer: Michael Baleanu. Im Jahr 2009 organisierte die Männerpartei ein Treffen, welches sich fortan «Düsseldorfer Kreis» nannte. Dieser wurde von Hartmut Wolters vertreten, wie auch der Väteraufbruch für Kinder Köln und der Verein «Vaterbewegung». Da die Kleinstpartei «Männerpartei» nirgendwo ein Mandat errang, löste sie sich bereits 2012 wieder auf. Geschäftsführer Balenau wurde 2. Vorsitzender des 2012 gegründeten Forums Soziale Inklusion. Im Jahr 2015 fand erstmals der Deutsche Gender-Kongress statt, initiiert vom FSI-Vorsitzenden Gerd Riedmeier und von Sebastian von Meding[88] von der Trade 5 GmbH, die dieser bereits in den 1990er Jahren gegründet hatte. Meding war 2013, als das Väter-Netzwerks e.V. entstand, deren Mann für die Öffentlichkeitsarbeit[89] [90] und ist noch heute in deren Vorstand tätig.[91] Er initiierte nach einer Tagung des GENDERKONGRESS auch die Gründung des Vereins

86 Siehe Fußnote 18.

87 Internetpräsenz der IG JMV vom 18.01.2021: «Neuer Webauftritt der IG-JMV» *https://ig-jmv.de/in-eigener-sache-neuer-webauftritt/* (Abfrage vom 30.04.2021).

88 Klaus John, Sebastian Meding: «Einladung zum Kongress für Väter & Männer & Jungen», *https://web.archive.org/web/20160122160015/http://www.archeviva.com/wp-content/uploads/2015/08/einladung-vaeter-kongress-28-11-2015-20150827064440-73.pdf* (Abfrage vom 30.5.2021).

89 Internetpräsenz des Vereins Väter-Netzwerk e.V.: Impressum, *https://web.archive.org/web/20131004114810/http://www.vaeter-netzwerk.de/html/kontakt___impressum.html* (Abfrage vom 30.5.2021).

90 Amt für Kultur und Freizeit: «Alle drin: Veranstaltungen September Oktober 2013», S. 33f., *https://docplayer.org/111339158-September-oktober-alles-drin-veranstaltungen-amt-fuer-kultur-und-freizeit.html* (Abfrage vom 30.5.2021).

91 Homepage von Sebastian von Meding: Ehrenamt, *http://www.sebastianvonmeding.de/ueber-mich/ehrenamt/* (Abfrage vom 30.5.2021).

«LIBERALE MÄNNER»[92], deren stellvertretender Vorsitzender er ist.[93] Außerdem gehört Meding dem Vorstand von MANNdat e.V. an, ist Mitglied bei Agens e.V.[94] und beim FSI.[95] Der aktuelle stellvertretende Vorsitzende des FSI, Andreas Schmohl, war auch stellvertretender Vorsitzender der Liberalen Männer und fungiert als Kontaktperson für den Verein MANNdat in Bayern.

Der Eindruck, dass seit zehn Jahren wenige, aber sehr aktive Männer in Erscheinung treten, drängt sich auf. Entsprechend gestalten sich auch die wenigen bundesweiten Demonstrationen des Scheinriesen «Männerrechtsbewegung».[96]

92 Homepage der Liberalen Männer: Vorstand, *https://web.archive.org/web/20171029154147/http://www.liberale-maenner.de/menu/vorstand* (Abfrage vom 30.5.2021).

93 Homepage von Sebastian von Meding: Ehrenamt, *http://www.sebastianvonmeding.de/ueber-mich/ehrenamt/* (Abfrage vom 30.5.2021).

94 Ebd.

95 Ebd.

96 Die Journalistin Phillipa Schindler machte bei der zentralen bundesweiten Demonstration «Allen Kindern beide Eltern» in Köln 2018 «rund hundert Demonstrierende» aus, in: Stadtrevue. Kultur, Politik, Stadtleben in Köln, 29.08.2018, *https://www.stadtrevue.de/archiv/artikelarchiv/13433-dubiose-vaeter/*. Die zentrale Ansprache hielt Gerd Riedmeier, 1. FSI-Vorsitzender; auch der damalige 2. FSI-Vorsitzende, Michael Beleanu, hielt dort eine Rede, *https://vaeterbewegung.koeln/demo.html* (Abfragen vom 30.5.2021).

3 Antifeministische Strategien: Täuschung und Tarnung

Antifeministische, maskulistische und männerrechtlerische Gruppen nutzen diverse Strategien, um ihre Interessen durchzusetzen. Dazu gehören Diskurspiraterie, das Reframing von Diskursen und die Umdeutung von Begriffen. In einer Art Mimikry geben sie sich Namen, die positive Konnotationen haben. Sie nennen sich zum Beispiel unverfänglich «Geschlechterpolitische Initiative», verfolgen aber Ziele, die der Gleichstellungspolitik widersprechen[97] – etwa beim Thema Gewaltbekämpfung. Sprachlich gut getarnt gibt sich auch der Trennungsväter-Verein Forum Soziale Inklusion (siehe Kapitel 2).

Denn das FSI verfolgt keineswegs das Ziel, die Teilhabe von Kindern mit Handikap im regulären Schulbetrieb zu fördern – wie das dafür gebräuchliche Wort »Inklusion» nahelegt. Kernanliegen des Vereins ist vielmehr die Forderung nach mehr Rechten für Scheidungsväter, denen der Zugang zu ihren Kindern erschwert wurde. Darüber hinaus gibt er vor, eine «zeitgemäße Gleichstellungspolitik«[98] anzustreben. Es werden mehr Rechte für Männer eingefordert, die diesen durch eine angeblich Frauen und Mütter bevorzugende Gleichstellungspolitik und Familienpolitik vorenthalten werden.[99]

Ein weiteres Beispiel für sprachliche Verwirrspiele ist die nur aus wenigen kleinen Gruppen bestehende Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter, an deren Gründung das Forum Soziale Inklusion und sein Vorsitzender Gerd Riedmeier wesentlich beteiligt waren (siehe Kapitel 2). Die IG-JMV versteht sich als die eigentliche Interessenvertretung für Männer und Jungen, dem genderdialogisch orientierten und viel breiter aufgestellten Bundesforum Männer sprechen sie diese Funktion ab.[100]

Systematische Täuschung und das Provozieren von Verwechslungen gehören zum Kalkül. Die Tarnnamen sollen harmlos wirken, noch besser progressiv und aufklärerisch. Doch

97 Vgl. z.B. Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung BMFSFJ (Hrsg.) (2020), S.5, *https://www.bmfsfj.de/blob/jump/158356/gleichstellungsstrategie-der-bundesregierung-data.pdf* (Abfrage vom 30.4.2021).

98 Zitat von Gerd Riedmeier auf der Startseite des FSI-Webauftritt, *https://fsi-ev.de/* (Abfrage vom 15.4.2021).

99 Vgl. z.B. den FSI Newsletter vom 28.Dezember 2019, vgl. auch Pressemitteilung des FSI vom 24.März 2021, *https://fsi-ev.de/bayrischer-landtag-foerdert-fsi/* (Abfrage vom 28.4.2021).

100 Struktur-, Führungs- und Glaubwürdigkeitskrise im Bundesforum Männer. Offener Brief an den Familienausschuss des Deutschen Bundestages vom 5. April 2016, gemeinsam unterzeichnet von Gerd Riedmeier (Forum Soziale Inklusion), Thomas Walter (MANNdat), Hartmut Wolters (Düsseldorfer Kreis), Torsten H: Sommer (Ziegelsteiner Dekaration) und Andre Roßnagel (Väter-Netztwerk e.V.), *https://www.cuncti.net/geschlechterdebatte/927-struktur-fuehrungs-und-glaubwuerdigkeit-skrise-im-bundesforum-maenner* (Abfrage vom 16.4.2021).

gerade die Statements im Netz machen den ideologischen Kontext deutlich, in dem sich die Vereine und ihre Unterstützer*innen verorten. Wie manche Akteur*innen im Rechtspopulismus benutzen sie emanzipatorische Begriffe, vertreten aber rückwärtsgewandte geschlechterpolitische Positionen. Erst bei genauerem Hinsehen werden die frauenfeindliche Ausrichtung und die indirekten Verbindungen in das rechte Milieu deutlich (vgl. Kapitel 4).

3.1 Umdeutung von Begriffen: Beispiel «Gender Empathy Gap»

Ein wesentlicher Aspekt maskulistischer und väterrechtlicher Mimikry ist die Umdeutung von Begriffen. Das betrifft auch die sogenannten Gender Gaps. Die Gleichstellungspolitik der Bundesregierung bezieht sich auf verschiedene sozioökonomische Aspekte der Benachteiligung von Frauen. Gender Gaps benennen Tatbestände, die empirisch belegbar sind. Der wichtigste ist der Gender Pay Gap, die Entgeltungleichheit zwischen Männern und Frauen. Das Statistische Bundesamt beziffert diesen Unterschied 2020 auf 18 Prozent bundesweit. Im Westen ist er mit 20 Prozent erheblich größer als im Osten mit sechs Prozent.[101] Doch Maskulisten und Väterrechtler deuten diese Benachteiligung als ein Resultat unterschiedlicher Wünsche, Präferenzen und Lebensentwürfe von Männern und Frauen um.[102] In einem Gastbeitrag für die Süddeutsche Zeitung versuchte Gerd Riedmeier, die Berechnung des Gender Pay Gap zu diskreditieren.[103] Auf der Webseite der Initiative Väteraufbruch für Kinder Köln heißt es: «Während der Gender Pay Gap meist unseriös diskutiert wird, tauchen Benachteiligungen von Männern oder Vätern und Jungen nur seltenst in der öffentlichen Diskussion auf».[104] Trotz der empirischen Belege für den auch international fachlich anerkannten Indikator Gender Pay Gap wird pauschal mangelnde Seriosität unterstellt.

Neben dem Gender Pay Gap werden weitere Gender Gaps erhoben. Die wichtigsten sind der Gender Pension Gap[105], also die niedrigere Rente von Frauen, die aus geringeren Einkommen, Erwerbsarbeitsunterbrechungen und Teilzeit resultiert, und der Gender Care

101 Siehe: *https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-1/gender-pay-gap.html* (Abruf: vom 25.02.2021).

102 Siehe Zitat aus der Frankfurter Erklärung in Kapitel 3.1, *https://frankfurter-erklaerung.de/* (Abfrage vom 30.5.2021).

103 Siehe: *https://www.sueddeutsche.de/karriere/gehaltsunterschiede-zwischen-den-geschlechtern-beschwoerung-der-opferrolle-1.1920441* (Abruf: 25.02.2021).

104 Siehe: *https://www.vafk-koeln.de/der-verein/fakten/329-wir-foerdern-die-gleichberechtigung-von-mann-und-frau.html* (Abruf: 13.01.2021).

105 Siehe: *https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/gender-pension-gap-82286* (Abruf: 25.02.2021).

Gap[106], der die ungleiche Verteilung der Sorgearbeit zwischen den Genusgruppen misst. Auch solche Gaps sind durch empirische Studien gut belegt.[107]

Maskulistische und väterrechtliche Gruppen bezweifeln einerseits die Indikatoren, andererseits versuchen sie, eigene Indikatoren zu konstruieren, die angeblich die Benachteiligung von Männern anzeigen. So sprechen sie von einem Gender Empathy Gap (GEG). Dieser soll angeben, dass das Leid von Jungen und Männern weniger Mitleid hervorrufe als das Leid von Mädchen und Frauen. Anders als die oben genannten Gender Gaps ist er jedoch nicht empirisch belegt. Was auf der Webseite zum GEG als Beleg angeführt wird, ist fragwürdig.

So wird etwa ein Experiment angeführt, in dem sowohl Männer als auch Frauen ein weinendes Baby als «verängstigt» beschrieben, wenn es als Mädchen gelesen wurde, hingegen als «wütend», wenn es als Junge bezeichnet wurde.[108] Das unterstreicht jedoch eher die Existenz von Geschlechterklischees als die Existenz einer Empathie-Lücke. Das Gleiche gilt für den sogenannten «Women are wonderful«-Effekt, dem zufolge Frauen positivere Eigenschaften zugeschrieben werden als Männern.[109] Die zugrunde liegenden Untersuchungen stammen von 1976 und 1994, entsprechen also nicht mehr dem heutigen Stand der Wissenschaft. Auch in der einzigen aktuellen Studie, in der die Bewertung von Einkommensunterschieden untersucht wird, geht es eher um Klischees als um eine vermeintliche Empathie-Lücke.[110]

Die Begründung ist in sich widersprüchlich. Einerseits wird menschheitsgeschichtlich argumentiert: Die Empathie-Lücke basiere auf einem archaischen Relikt, heißt es auf der entsprechenden Webseite. Weil das Überleben des Stammes von seinem Nachwuchs abhängig war, hätten Männer gelernt, schwangere Frauen zu schützen und für diesen Zweck ihr eigenes Leben geringer einzuschätzen als das der Frauen. Der Wert eines Mannes sei danach beurteilt worden, in welchem Maß er bereit sei, sich für ein höheres Ideal zu

106 Siehe: *https://www.diw.de/de/diw_01.c.615859.de/gender_care_gap.html* (Abruf vom 25.02.2021).

107 BMFSFJ (Hg.): Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin 2017, *https://www.bmfsfj.de/blob/117916/7a2f8ecf6cbe805cc80edf7c4309b2bc/zweiter-gleichstellungsbericht-data.pdf* (Abruf vom 27.04.2021).

108 John Condry, Sarah Condry: Sex Differences: A Study of the Eye of the Beholder. In: Child Development 47 Nr. 3, 1976, S. 812-819, *https://doi.org/10.2307/1128199* (Abruf vom 27.04.2021).

109 Alice Eagly, Antonio Mladinic: Are People Prejudiced Against Women? Some Answers From Research on Attitudes, Gender Stereotypes, and Judgments of Competence. In: European Review of Social Psychology, 5, 1994, Heft 1.

110 Alexander W. Cappelen, Ranveig Falch, Bertil Tungodden: The Boy Crisis. Experimental Evidence of the Accepance of Men Falling Behind. HCPE Working Paper Series 2019-014. *http://humcap.uchicago.edu/RePEc/hka/wpaper/Cappelen_Falch_Tungodden_2019_boy-crisis.pdf* (Abruf vom 27.04.2021).

opfern. Dieser Mechanismus sei im Militär – also im sich für die Gesellschaft aufopfernden Soldaten – bis heute wirksam.[111]

Mit diesem Erklärungszusammenhang wird soldatische Männlichkeit zur Ursache für den GEG gemacht. Soldatische Männlichkeit ist ein autoritäres, elitäres und gewaltgeneigtes Konzept von Männlichkeit, das bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland hegemonial war[112] und bis heute in rechtsextremen Gruppen Hegemoniestatus hat.[113] Das impliziert, dass Männer diese mangelnde Wertschätzung ihres eigenen Lebens verinnerlicht haben. Andererseits macht der US-amerikanische Maskulist Warren Farrell neben archaischer Konditionierung auch «feministische Ideologie» für den GEG verantwortlich.[114] Demnach wären es also Frauen, die Männer entsprechend konditionieren.

In welchem Verhältnis diese beiden Begründungsansätze zueinander stehen sollen, geht aus den Erläuterungen auf der Webseite nicht hervor. Allerdings ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, dass auf jeden Fall in irgendeiner Weise Frauen die Verantwortung zugeschrieben wird – ob aktuell oder in der Menschheitsgeschichte.

Die Folge sei, dass Männern eine größere kriminelle Energie unterstellt werde, sie strenger bewertet und härter bestraft würden als Frauen. Männliche Opfer häuslicher Gewalt würden unsichtbar gemacht. Straffälligen Frauen hingegen würden viele entlastende Gründe zugestanden, um sie nicht ins Gefängnis zu schicken.[115] Die gesamte Argumentation zu den vermeintlichen Folgen des GEG beruht auf zweifelhaften Studien, deren Aussagen aus dem Kontext gerissen sind. Vermeintlich oder tatsächlich unterschiedliche Bewertungen von leidvollen Emotionen werden als Vernachlässigung von Männern interpretiert und durch das Label «Gap» gleichstellungspolitisch aufgeladen.

Es ist unbestritten, dass Männer, die bestimmten Geschlechterstereotypen nicht entsprechen, wie etwa dem Klischee «Ein Junge weint nicht!», Probleme haben. Zu Recht wird beklagt, dass Jungen und Männern mit Schwäche verbundene Emotionen nicht

111 Siehe: *https://genderempathygap.de/fakten-zur-empathieluecke/* (Abruf vom 10.03.2021).

112 Sylka Scholz: Männlichkeitssoziologie (2. Auflage), Münster 2015, S. 183f; Fabian Virchow: Tapfer, stolz, opferbereit – Überlegungen zum extrem rechten Verständnis «idealer Männlichkeit». In: Robert Claus, Esther Lehnert, Yves Müller (Hrsg.), Was ein rechter Mann ist … Männlichkeiten im Rechtsextremismus, S. 39–52, Berlin 2010.

113 Renate Bitzan: Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnisse in der extremen Rechten. In: Fabian Virchow, Martin Langebach, Alexander Häusler (Hg.), Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden 2017, S. 350f; Birgit Sauer: Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht. Politische Vierteljahresschrift, 58 (1), 2017, S. 1–20, *https://doi.org/10.5771/0032-3470-2017-1-3*. (Abfrage vom 02.06.2021).

114 Siehe: *https://youtu.be/NE7ZGqaElCc?t=941* (Abfrage vom 02.06.2021).

115 Siehe: *https://genderempathygap.de/folgen-der-empathieluecke/* (Abfrage vom 02.06.2021).

zugestanden werden. Dies hat tatsächlich strukturelle, also gesellschaftliche Ursachen. Doch anders als etwa die Entgeltungleichheit ist der GEG nicht im Ausschluss von gesellschaftlichen Ressourcen begründet, sondern geradezu die Voraussetzung dafür, am privilegierten Zugang zu Macht und Ressourcen festhalten zu können. Er ist quasi der Preis, den Jungen und Männer für das Aufrechterhalten männlicher Hegemonie in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu zahlen haben. Hingegen machen Maskulisten und Väterrechtler den Feminismus, die Gleichstellungspolitik und die Frauen im Allgemeinen für fehlendes Mitleid mit Jungen verantwortlich.

Vor allem Männer als Opfer weiblicher Gewalt werden in Verbindung mit dem Gender Empathy Gap gebracht, was etwa Warren Farrel in dem bereits erwähnten Interview mit der maskulistischen Webseite MANNdat beklagte.[116] Auch Gerd Riedmeier bemängelte in einer Pressemitteilung der IG-JMV, diese Opfer würden ignoriert.[117] In der Tat sind 19,5 Prozent der Opfer von Partnerschaftsgewalt in Deutschland Männer. Je höher das Lebensalter, desto größer ist ihr Anteil: Ab 60 Jahren ist knapp ein Drittel der Betroffenen männlich.[118] Das lässt die Vermutung zu, dass es sich teilweise auch um Gewalt in Pflegebeziehungen handeln könnte. Jedoch ist die überwiegende Zahl der Opfer von Partnerschaftsgewalt weiterhin weiblich. Insbesondere in Trennungssituationen müssen Frauen Gewalt befürchten, werden mit dem Tode bedroht oder tatsächlich getötet. Fast 80 Prozent der Opfer von Partnerschaftsgewalt mit tödlichem Ausgang sind weiblich.[119] Gleichwohl ist in den vergangenen Jahren der Anteil männlicher Opfer von Partnerschaftsgewalt in der polizeilichen Kriminalstatistik kontinuierlich gestiegen. Es ist jedoch unklar, ob es sich um einen tatsächlichen Anstieg handelt, oder ob sich immer mehr Männer trauen, ein Tabu zu brechen und die Tat anzuzeigen.[120]

In Kindheit und Jugend haben 85 Prozent der Männer körperliche, psychische und/oder sexualisierte Gewalt erlebt.[121] Generell ist die Mehrheit der Gewaltopfer männlich, bei Gewalt im öffentlichen Raum sind es sogar 90 Prozent. Die meisten Täter sind dem Opfer unbekannt, woraus sich interpretieren lässt, dass Männer sich häufiger in gefährliche Situationen begeben.[122] Insgesamt gibt es jedoch in Bezug auf männliche Opfer von

116 Siehe: *https://youtu.be/NE7ZGqaElCc?t=451* (Abfrage vom 02.06.2021).

117 IG-JMV: Giffeys Geld nur für Frauen(häuser). Väterverbände prangern einseitige Wahrnehmung der Frauenministerin an, 25.10.2019, o.O., ViSdP: Gerd Riedmeier.

118 BMFSFJ (Hg.): Gleichstellungspolitik für Jungen und Männer in Deutschland. Ein Dossier zur partnerschaftlichen Gleichstellungspolitik, Berlin 2020, 2. Auflage, S. 86.

119 BKA (Hg.): Partnerschaftsgewalt. Kriminalstatistische Auswertung – Berichtsjahr 2019, Wiesbaden 2020, v.a. S. 6.

120 BMFSFJ (Hg.): Gleichstellungspolitik für Jungen und Männer in Deutschland., a.a.O.

121 Ralf Puchert, Ludger Jungnitz, Wille Walter, Hans-Joachim Lenz, Henry Puhe: Gewalt gegen Männer in Deutschland. Personale Gewaltwiderfahrnisse von Männern in Deutschland. Pilotstudie im Auftrag des BMFSFJ, Berlin 2004, S. 383.

122 Ebd., S. 383f.

Gewalt noch große Forschungslücken. So beziehen sich viele Aussagen auf eine Pilotstudie aus dem Jahr 2004.[123] Außer der polizeilichen Kriminalstatistik gibt es keine aktuellen empirischen Daten zu Männern als Opfern von häuslicher oder Partnerschaftsgewalt. Insbesondere Frauen als Täterinnen in heterosexuellen Beziehungen und Gewalt in schwulen Beziehungen sind noch kaum beforscht, ebenso fehlen Untersuchungen zu den Kontexten. Wichtige Fragen wären: Ist die Gewalt einseitig oder wechselseitig? Gibt es eine Gewaltspirale in der Beziehung? In welchen Situationen greifen Frauen zu Gewalt? Daneben besteht ein nicht zu vernachlässigender Beratungsbedarf für Männer als Opfer von Gewalt, dem in jüngerer Zeit zunehmend Rechnung getragen wird.[124]

Maskulistische Kreise konstruieren daraus den Vorwurf, die Politik und insbesondere das BMFSFJ kümmere sich nur um Gewalt gegen Frauen und vernachlässige Männer als Opfer.[125] Auch daraus, so die Schlussfolgerung, resultiere der Gender Empathy Gap.[126] So beklagte Gerd Riedmeier als Sprecher der IG-JMV, Gewalt von Frauen gegen Männer (und Kinder) werde bagatellisiert, im umgekehrten Falle aber stark emotionalisiert. Für Männer als Opfer gebe es vom BMFSFJ weder Empathie noch Hilfen.[127] Die tatsächlich vorhandenen Beratungsangebote für von Gewalt betroffenen Männer werden hierbei nicht wahrgenommen. Stattdessen wird die im Machtgefälle zwischen Männern und Frauen liegende strukturelle Ursache von Gewalt gegen Frauen verschleiert und eine Gewaltsymmetrie zwischen den Geschlechtern behauptet.[128]

Seit 2017 begehen die Verfechter*innen des Gender Empathy Gap am 11. Juli einen Gedenktag.[129] Mit diesem Datum beziehen sie sich auf die Tatsache, dass am 11. Juli

123 Ebd.

124 Hilfetelefon Gewalt an Männern: *https://männerhilfetelefon.de*, Tel.: 0800 1239900; Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation beim Aufbau eines Hilfetelefons und einer Onlineberatung für von Gewalt betroffene Männer in Bayern und NRW, Zwischenauswertung April 2021, *https://männerhilfetelefon.de/system/files/media/document/file/Sonderauswertung%20Hilfetelefon%20IfeS%2016.04.2021.pdf* (Abfrage vom 22.04.2021).

125 IG-JMV: Corona: häusliche Gewalt hat abgenommen. Frauenministerin Giffey verbreitet Hysterie mit realitätsferner Propaganda, 30.04.2020, o.O. ViSdP: Gerd Riedmeier, *https://www.presseportal.de/pm/121966/4584649* (Abfrage vom 02.06.2021).

126 Siehe: *https://genderempathygap.de/fakten-zur-empathieluecke/* (Abfrage vom 10.03.2021).

127 IG-JMV: Giffeys Geld nur für Frauen(häuser) / Väterverbände prangern einseitige Wahrnehmung der Frauenministerin an, 25.10.2019, o.O., ViSdP: Gerd Riedmeier, *https://www.presseportal.de/pm/121966/4414021* (Abfrage vom 8.4.2021).

128 IG-JMV: Corona: häusliche Gewalt hat abgenommen. Frauenministerin Giffey verbreitet Hysterie mit realitätsferner Propaganda, 30.04.2020, o.O., ViSdP: Gerd Riedmeier. *https://www.presseportal.de/pm/121966/4584649* (Abfrage vom 8.4.2021). Kritisch dazu: Monika Schröttle: Kritische Anmerkungen zur These der Gendersymmetrie bei Gewalt in Paarbeziehungen. Gender, 1, 2010, S. 133-151.

129 Empathie auch für Männer, Artikel auf der Website genderempathygap.de vom 9.7.2020, *https://genderempathygap.de/pressemitteilung/* (Abfrage vom 25.5.2021).

1995 das serbische Militär die bosnische Stadt Srebrenica stürmte und rund 8.000 Jungen und Männer, überwiegend Muslime, ermordete. Im Jahr 2009 erklärte die EU diesen Tag zum Gedenktag an einen der größten, wenn nicht sogar den größten Völkermord in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Maskulisten versuchen, dieses Ereignis für sich zu vereinnahmen. Dabei wird nicht (nur) der Mord an diesen Männern verurteilt, sondern auch, dass die UNO zuvor Frauen und Kinder aus Srebrenica herausholen konnte, die Männer jedoch ihrem Schicksal überließ.[130] So wird ein empirisch nicht nachgewiesener vermeintlicher Missstand zu Lasten von Jungen und Männern auf eine Stufe gestellt mit einem der größten Kriegsverbrechen in der jüngsten Geschichte Europas.

3.2 Narrative: Beispiel «Parental Alienation Syndrome»

Ein wesentliches Narrativ der Männer- und VÄTERRECHTSBEWEGUNG, welches insbesondere auch vom FSI vertreten wird, ist die Behauptung, Kinder bräuchten für die gesunde Entwicklung ihre leibliche Mutter und ihren leiblichen Vater. Dieses Narrativ ist mit dem der sogenannten «traditionellen Familie» verkettet und verweist auf eine biologistische Argumentation.[131]

Gerd Riedmeier betonte während der Parental-Alienation-Konferenz am 6. Februar 2020 im EU-Parlament, dass nichts falscher sei als der Satz «Familie ist dort, wo Verantwortung für Kinder übernommen werde». Den Begriff «sozialer Vater» lehnte er ab, vielmehr handele es sich um «Lebensabschnittsgefährten» der vom biologischen Vater getrenntlebenden Mutter. Ein Kind brauche aber den biologischen Vater.[132] Dieser Biologismus fand sich bereits in der von Riedmeier unterzeichneten «Frankfurter Erklärung» von Günter Buchholz.[133]

Aus der These von der unbedingten Notwendigkeit des biologischen Vaters für ein Kind folgern Väterrechtler, dass es zur Erkrankung eines Kindes führt, wenn es von einem leiblichen Elternteil getrennt wird. Dabei benutzen sie einen umstrittenen Begriff: das

130 Siehe: *https://youtu.be/NE7ZGqaElCc?t=60* (Abfrage vom 02.06.2021).

131 So geht bspw. der Väteraufbruch für Kinder e.V. davon aus, dass «natürliche Elternteile» (außer in außergewöhnlichen Situationen) nicht ersetzbar seien. Internetpräsenz des Väteraufbruch für Kinder e.V.: Grundsätze / Grundsatz 5, *https://vaeteraufbruch.de/index.php?id=grundsaetze* (Abfrage vom 02.06.2021).

132 Gerd Riedmeier, Vortrag während der Konferenz Eltern-Kind-Entfremdung im EU-Parlament Brüssel am 6.02.2020, *https://www.youtube.com/watch?v=dUVABWtpDe0* (Abfrage vom 02.06.2021).

133 Die Frankfurter Erklärung impliziert nicht-gesellschaftlich verursachte unterschiedliche Qualifikationen von Frauen und Männern: «Statistische Unterrepräsentanz von Frauen in attraktiven Berufsfeldern» sei «keine Folge gesellschaftlicher Zuweisungen oder einer angeblichen strukturellen Benachteiligung des weiblichen Geschlecht», sondern eine Folge «nicht zuletzt von unterschiedlichen Qualifikationen von Männern und Frauen». Internetpräsenz der Frankfurter Erklärung: *https://frankfurter-erklaerung.de/* (Abfrage vom 02.06.2021).

sogenannte Parental Alienation Syndrome (PAS). Gemeint ist damit, dass nach einer Trennung ein Elternteil das Kind gegen das andere Elternteil indoktrinieren könnte und das Kind dadurch nachhaltige psychosomatische Schäden erleidet.[134]

Im weiteren Sinn wird die These vertreten, dass Kinder immer geschädigt würden, wenn sich die Eltern getrennt haben und das Kind kaum noch Zeit mit einem der beiden Elternteile verbringen würde. So sagte Gerd Riedmeier in einem Statement in der Pressemitteilung der oben genannten Konferenz: «Nahezu 40 % der Kinder in Nachtrennungsfamilien erleiden vollständigen Kontaktabbruch zu einem Elternteil. Diese Entfremdung verursacht schwerwiegende psychische Störungen bei den betroffenen Kindern, das ist aktueller Forschungsstand. Die zuständigen Behörden verweigern präventive Maßnahmen. Unverständlich ist, weshalb das zuständige Bundesfamilienministerium das Thema tabuisiert».[135]

Wissenschaftlich ist das PAS als Symptom einer psychischen Störung sehr umstritten. Ein solches Symptom ist auch nicht in die ICD 11 («International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems», soll am 1. Januar 2022 in Kraft treten) aufgenommen worden. PAS wird nur als Unterpunkt in «Care-giver child relation problems» geführt. Damit handelt es sich also in der internationalen Definition nicht um einen Indikator einer psychischen Störung sondern um ein Beziehungsproblem, das zu lösen ist.[136]

Bereits das «Parental Alienation Syndrome» im engeren Sinne, also als Folge der Indoktrination des Kindes durch einen Elternteil, ist nicht als Krankheitsbild anerkannt. Die «Parental Alienation» im weiteren Sinne, wie sie insbesondere von Gerd Riedmeier behauptet wird, hat noch weniger wissenschaftliche Evidenz, auch wenn er sich auf einen angeblichen «Forschungsstand» bezieht.[137]

PAS wird, obwohl es ein umstrittenes Konstrukt ist, von Väterrechtlern, Anwält*innen und Richter*innen in Prozessen oft benutzt, um nach der Trennung eine Mutter als entfremdenden Elternteil anzuklagen. Ein Vater kommt in den seltensten Fällen deshalb vor Gericht. Inwieweit bei diesen Klagen Frauenhass oder der Versuch, Missbrauchsgeschehen zu vertuschen, eine Rolle spielen, muss im Einzelfall untersucht werden.

134 Einführungstext zur Internationalen PAS-Tagung am 18./19.10.2002 in Frankfurt a.M., *http://www.pas-konferenz.de/d/einfuehrung.html* (Abfrage vom 02.06.2021).

135 Pressemitteilung zur Parental-Alienation-Konferenz am 6. Februar 2020 im EU-Parlament, *https://www.presseportal.de/pm/121966/4510441* (Abfrage vom 02.06.2021).

136 Vgl. Collective Memo of Concern to: World Health Organization about «Parental Alienation», *http://www.learningtoendabuse.ca/collective-memo-of-concern-to-WHO-about-parental-alienation.html* (Abfrage vom 11.08.2021)

137 Vgl. ebd., Collective Memo of Concern.

Wenn PAS in Gerichtsverfahren wie eine klinische Diagnose behandelt wird, bedeutet das, dass dem Kind aufgrund einer diagnostizierten Entfremdung von dem getrennten Elternteil eine Erkrankung zugeschrieben wird und damit das Kindeswohl gefährdet ist. Außerdem wird suggeriert, dass das Kind geheilt werden kann, wenn es wieder häufigen Kontakt zu dem einen Elternteil bekommt. Auch die Forderung, das Wechselmodell[138] zum Leitbild zu erheben, passt in diese Argumentation. Es ist allerdings sehr zweifelhaft, dass das Kindeswohl auf diese Weise durch einen Richterspruch wiederhergestellt werden kann. Vielmehr kann nur eine familiensystemische Untersuchung, die sehr genau alle Beteiligten einbezieht, die Beziehungsprobleme des Kindes mit einem oder beiden Elternteilen aufklären und die seltenen Fälle der bewussten Entfremdungsabsicht seitens eines Elternteils herausfinden. Die Lösungen liegen also eher in sozialtherapeutischen Prozessen, in denen alle, Eltern und Kinder, beteiligt sind.

138 Das Wechselmodell legt das Prinzip der 50%-Teilung der zeitlichen Betreuung und Finanzierung der Kinder aus der geschiedenen Ehe fest. Weitergehende Informationen dazu z.B.: *https://www.vamv-berlin.de/wechselmodell/das-wechselmodell-aus-sicht-des-kindes/*; *https://www.vaeter-zeit.de/familie-trennung-scheidung/wechselmodell-kinderbetreuung.php*; *https://bundesforum-maenner.de/wp-content/uploads/2019/09/Gemeinsame-Elternverantwortung-nach-Trennung-und-Scheidung_Positionspapi....pdf*; *https://de.wikipedia.org/wiki/Wechselmodell* (Abfragen vom 02.06.2021).

4 Sind Väterrechtler rechts?

Lobby-Organisationen und Lobbyisten der maskulistischen Trennungsväterszene, wie das FSI, die IG-JMV und Gerd Riedmeier, haben ein streng zweigeschlechtliches und hierarchisches Verständnis von Geschlecht[139] (siehe auch Kapitel 3). Familie besteht für sie stets aus Vater, Mutter und Kind(ern), die biologisch miteinander verwandt sind. Diese Ideologie teilen sie mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen. Im Folgenden wird diese Bewertung begründet und reflektiert, ob Väterrechtler damit der politischen Rechten zugeordnet werden müssen.

Nach Fabian Virchow besteht die gemeinsame kategoriale Grundlage unterschiedlicher rechtsgerichteter Strömungen in einem Streben nach ‹rassischer› oder ethnischer Homogenität und der Rechtfertigung unterschiedlichster sozialer Ungleichheiten als naturhaft.[140] Diese Naturhaftigkeit wird biologistisch begründet und mit einer sozialdarwinistischen Lebensphilosophie verknüpft. Daraus speist sich die rassistische, antisemitische, antifeministische, homophobe und elitäre Programmatik der extremen Rechten.[141] Für den Rechtspopulismus ist darüber hinaus der Gegensatz zwischen einem einheitlichen «Wir», also dem Volk, und einer korrupten und machtbesessenen politischen Elite und/oder einer Bedrohung von außen, wie «die EU», «der Islam» oder «die Migranten» prägend.[142]

Auch sich selbst als links oder liberal verortende Maskulisten lassen sich aus unserer Sicht hier anschließen (siehe Kapitel 3.1). Vor allem maskulistische Väterrechtler nähren solche Ideologien, insbesondere den Biologismus.[143] So wird in einer Stellungnahme des Düsseldorfer Kreises die Familie allein durch die genetische Abstammung definiert: «Das natürliche Elternrecht aus Art. 6 II GG steht denjenigen Personen zu, von denen das Kind genetisch abstammt. Dies ist auch im bürgerlichen Recht in Zukunft so zu

139 Siehe z.B. Pressemitteilung der IG-JMV vom 13.03.2019, «Rechtsausschuss sperrt erneut Väterverbände aus. Anhörung über «Abstammungsrecht» repräsentiert vorwiegend Anliegen von Minderheiten – Biologische Vaterschaft wird marginalisiert», *https://www.presseportal.de/pm/121966/4216580* (Abfrage vom 02.06.2021).

140 Fabian Virchow: «Rechtsextremismus«: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen. In: Fabian Virchow; Martin Langebach und Alexander Häusler (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus, S. 5–41, Wiesbaden 2017, *https://doi.org/10.1007/978-3-531-19085-3_2* (Abfrage vom 02.06.2021).

141 Ebd., S. 10.

142 Ebd., S. 19

143 IG-JMV: Rechtsausschuss sperrt erneut Väterverbände aus / Anhörung über «Abstammungsrecht» repräsentiert vorwiegend Anliegen von Minderheiten – Biologische Vaterschaft wird marginalisiert, a.a.O.; Düsseldorfer Kreis (Hg.) (21.06.2018): Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz eines «Gesetzes zur Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts».

berücksichtigen.»[144] Nach diesem Verständnis, dem in manchen Stellungnahmen mit dem Begriff «systemisch» (fälschlicherweise) ein wissenschaftlicher Anschein gegeben wird, erscheint Familie geradezu unauflöslich und ist damit quasi-religiös aufgeladen. «Nach Dafürhalten der IG-JMV ist für familienrechtliche Verfahren oftmals das Fehlen eines systemisches [sic] Verständnisses von Familie bezeichnend. Dabei gilt Elternschaft ein Leben lang. Mutterschaft, Vaterschaft, Kindschaft und das daraus resultierende Beziehungsgeflecht sind ein Leben lang zu würdigen.»[145] Diese Aussage legt den Schluss nahe, dass die IG-JMV und deren früherer Sprecher Gerd Riedmeier fordern, die rechtsverbindliche Existenz einer Familie über die Scheidung hinaus zu verlängern. Die Bindung durch Vaterschaft wird hier nicht infrage gestellt. Die Konstruktion einer quasi natürlich lebenslangen Familie zementiert auch das Machtgefälle im Geschlechterverhältnis. Mit der heutigen Realität von Patchwork-Familien ist sie nicht zu vereinbaren.

Die Durchsetzung der IG-JMV-Forderung hätte in Trennungssituationen weitreichende Konsequenzen für die Mutter der Kinder: «Es darf nicht weiter zugelassen werden, dass die Forderungen eines Elternteils nach autonomer Lebensführung über das systemische Verständnis von Familie gestellt werden kann. Klar ausgedrückt: In Trennungsfamilien haben zukünftig die Eltern jeweils das Recht, mit den Kindern innerhalb des Schulsprengels umzuziehen; jedoch ist der Wohnortwechsel in eine andere Stadt unter Mitnahme der Kinder ohne Einverständnis des anderen Elternteils nicht möglich… Der grundgesetzlich garantierte Schutz der Familie hat Vorrang vor den individuellen Ansprüchen.»[146] Damit bliebe die Mutter, bei der die Kinder in den meisten Fällen leben und die sich vielleicht durch die Trennung oder Scheidung von dem Vater befreien wollte, in ihrer Lebensführung weiter unter dessen Kontrolle. Ihre Spielräume wären auf den Schulbezirk begrenzt. Selbst wenn sie anderswo einen neuen Job annehmen wollte, müsste sie ihren Ex-Mann um Zustimmung bitten.[147] Die Verletzung dieser Regelung soll unter Strafe gestellt werden. Dies wäre ein Eingriff in Grundrechte und ein Rückfall in die Zeit vor der Reform des Ehe- und

144 Düsseldorfer Kreis (Hg.) (21.06.2018): Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz eines «Gesetzes zur Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts», S. 2; u.a. von Gerd Riedmeier unterschrieben.

145 IG-JMV (Hg.) (16.09.2019): Stellungnahme zur Anhörung des Rechtsausschusses des Bundestages am Mi., den 25.09.2019, 11:30 Uhr auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen «Fortbildung von Richterinnen und Richtern sowie Qualitätssicherung im familiengerichtlichen Verfahren». BT – Drucksache 19/8568 vom 20.03.2019, S. 6; Sachverständiger: Gerd Riedmeier.

146 IG-JMV (Hg.) (o.J.): Neustart im deutschen Familienrecht. Auflistung von Veränderungswünschen der Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter (IG-JMV) zur Vorlage beim Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) «Der Weg zum modernsten Familienrecht Europas», S. 4; Sprecher: Gerd Riedmeier.

147 In der Regel sind die Kinder nach der Trennung bei der Mutter gemeldet (84%). Institut für Demoskopie Allensbach: Getrennt gemeinsam erziehen, Befragung von Trennungseltern im Auftrag des BMFSFJ, Untersuchungsbericht 2017, S. 10, *https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/studien/Abach_Trennungseltern_Bericht.pdf* (Abfrage vom 02.06.2021).

Familienrechts von 1976.[148] Vor dieser Reform gab es entsprechende Rechte des Ehemannes.

In familiengerichtlichen Verfahren wird mit dem «natürlichen Elternrecht» nach Art. 6 (2) Grundgesetz argumentiert. Der Staat habe sich weitgehend aus der Familie herauszuhalten.[149] Die Behauptung der Staatsferne ignoriert jedoch Satz 2 in Art. 6 (2) GG, wonach die staatliche Gemeinschaft über die Betätigung der Eltern wacht. Die Argumentation, der Staat solle sich aus Familie heraushalten, weil die leiblichen Eltern aufgrund der «natürlichen» Verwandtschaft am besten wüssten, was gut für das Kind sei, ist ein familistisches Argumentationsmuster.[150] Hier klingt auch der rechtspopulistische Gegensatz zwischen dem guten kollektiven «Wir» und dem übergriffigen Staat an. Väterrechtler folgen diesem Muster insofern, als sie externe Sachverständige und das Jugendamt aus familiengerichtlichen Verfahren heraushalten wollen. «Im Falle der Regelung der Betreuung des Kindes in Nachtrennungsfamilien ist die Einschaltung des Jugendamtes nicht zielführend und der falsche Weg. Die Regelung der Betreuung der Kinder ist alleine Aufgabe der Eltern.»[151] Ausnahmen dürfe es nur bei Kindeswohlgefährdung, Abstammungs- und Gewaltsachen geben.

Damit wird der Kinder- und Jugendhilfe die Expertise für Empfehlungen im Falle von Scheidungen abgesprochen. Die Begründung: «Der Bereich ‹Soziale Arbeit› zeigt sich bekanntermaßen wie der gesamte psycho-soziale Bereich vorwiegend weiblich dominiert. Diese einseitige Geschlechterverteilung ist nicht die optimale Voraussetzung für einen ausgewogenen Umgang mit getrennt erziehenden Müttern und Vätern.»[152] In dieser

148 «Erst 1976 beseitigte eine erneute Reform des Ehe- und Familienrechts im BGB die Regelung, dass Frauen nur arbeiten durften, solange sie die Familie nicht vernachlässigten. Im Zuge dieser Reform des Ehe- und Familienrechts tilgte der Gesetzgeber auch das Leitbild der Hausfrauenehe aus dem BGB – aus dem Paragrafen 1356 ‹Die Frau führt den Haushalt in eigener Verantwortung. Sie ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist› wurde: ‹Die Ehegatten regeln die Haushaltsführung im gegenseitigen Einvernehmen›.» *https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/271712/gleichberechtigung* (Abfrage vom 02.06.2021).

149 IG-JMV (Hg.) (16.09.2019): Stellungnahme zur Anhörung des Rechtsausschusses des Bundestages am Mi., den 25.09.2019, 11:30 Uhr auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen «Fortbildung von Richterinnen und Richtern sowie Qualitätssicherung im familiengerichtlichen Verfahren». BT – Drucksache 19/8568 vom 20.03.2019, S. 9; Sachverständiger: Gerd Riedmeier.

150 GEW (Hg.): Für eine Pädagogik der Vielfalt. Argumente gegen ultrakonservative, neu-rechte und christlich-fundamentalistische Behauptungen, 2016, S. 21-24.

151 IG-JMV (Hg.) (16.09.2019): Stellungnahme zur Anhörung des Rechtsausschusses des Bundestages am Mi., den 25.09.2019, 11:30 Uhr auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen «Fortbildung von Richterinnen und Richtern sowie Qualitätssicherung im familiengerichtlichen Verfahren». BT – Drucksache 19/8568 vom 20.03.2019, S. 8; Sachverständiger: Gerd Riedmeier.

152 IG-JMV (Hg.) (16.09.2019): Stellungnahme zur Anhörung des Rechtsausschusses des Bundestages am Mi., den 25.09.2019, 11:30 Uhr auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen «Fortbildung von Richterinnen und Richtern sowie Qualitätssicherung im familiengerichtlichen Verfahren». BT – Drucksache 19/8568 vom 20.03.2019, S. 9; Sachverständiger: Gerd Riedmeier.

Sichtweise werden gesellschaftlich-strukturelle Probleme auf eine individuelle Handlungsebene verschoben und mit einer Schuldzuweisung an Frauen verbunden. Dem individuellen Geschlechtsmerkmal wird eine Bedeutung zugeschrieben, die ihm nicht zukommen kann. Vielmehr handelt es sich bei der tatsächlichen oder vermeintlichen Feminisierung bestimmter Beschäftigungsbereiche und Branchen um eine Auswirkung der herrschenden binären Geschlechterordnung, die die maskulistischen Väterrechtler ja gerade aufrechterhalten oder wieder herstellen wollen.[153]

Die Beschränkung des Verständnisses von Familie auf die biologische oder genetische Abstammung ist per se zweigeschlechtlich, da sie Familie auf die Fortpflanzungsfunktion zurückführt. Konsequenterweise lehnen Gerd Riedmeier und die IG-JMV soziale und gleichgeschlechtliche Elternschaft ab, wie in einer Stellungnahme zu einer Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestages zum Abstammungsrecht deutlich wird. «Bedauerlich und gefährlich sieht die IG-JMV Gesetzesinitiativen aus den SPD-geführten Ministerien und von den Grünen, die den Begriff ‹Vater› weiter verwässern und ihn durch ‹2. Elternteil› oder ‹Mitmutter› ersetzen wollen. Dieser Ansatz ignoriert weitgehend den Blick aus der Kinderperspektive. Anstelle des Blickes aus Kindersicht werden Erwachsenenpositionen vertreten. Es gäbe, so lautet die Botschaft, ein ‹Recht am Kind› oder ein ‹Recht auf ein Kind›.» [154]

Besonders irreführend ist dabei die angeführte Argumentation über das «Kindeswohl».[155] Dem Kindeswohl ist nach dieser Position am besten gedient, wenn das Kind bei den biologischen Eltern aufwächst. In der Kritik daran, dass «erneut» keine Väterverbände zur Anhörung des Rechtsausschusses des Bundestages am 18. März 2019 über die Neuregelung des Abstammungsrechts eingeladen worden seien, hieß es, die Interessen der Reproduktionsmedizin und von Lesbenverbänden stünden im Mittelpunkt.[156] Auch hier wird der Gegensatz konstruiert zwischen einer Mehrheit mit berechtigten Anliegen, zu deren Sprecherin sich die IG-JMV aufschwingt, und einer Minderheit, die es besonders gut verstehe, ihre Partikularinteressen durchzusetzen.[157]

Lobby-Organisationen und Lobbyisten der Väterrechtsszene operieren hier mit Argumentationsmustern der extremen und populistischen Rechten. Das lässt sich teilweise

153 Siehe dazu auch: Constance Engelfried, Corinna Voigt (Hg.): Gendered Profession. Soziale Arbeit vor neuen Herausforderungen in der zweiten Moderne, Wiesbaden 2010.

154 IG-JMV (Hg. (13.03.2019): Rechtsausschuss sperrt erneut Väterverbände aus/Anhörung über «Abstammungsrecht» repräsentiert vorwiegend Anliegen von Minderheiten – Biologische Vaterschaft wird marginalisiert. Sprecher: Gerd Riedmeier.

155 Ebd.

156 Ebd.

157 Dorothee Beck: Arenen für Angriffe oder Arenen für Akzeptanz? Medien als Akteure in ‹Genderismus›-Diskursen. In: Annette Henninger, Ursula Birsl (Hg.): Antifeminismen. ‹Krisen›-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potenzial? Bielefeld 2020, S. 71.

bis zum Wortgebrauch nachvollziehen. So sprach Gerd Riedmeier in einem FSI-Newsletter im Dezember 2019 von den «Altparteien». «Mitte März folgte die Anhörung zur Neuregelung des Abstammungsrechts; es ging u.a. um die rechtliche Definition von Vaterschaft. Keine der Altparteien lud dazu einen Väterverband ein.»[158] «Altparteien» ist ein Begriff, mit dem die AfD und andere rechtsextreme Organisationen heute die in deutschen Parlamenten vertretenen demokratischen Parteien bezeichnen, um das politische System als marode und korrupt zu etikettieren.[159]

Als einzige im Bundestag vertretene Partei greift die AfD, namentlich die Abgeordnete Nicole Höchst, die Positionen und Stellungnahmen der maskulistischen Väterrechtler immer wieder auf – so etwa in einer kleinen Anfrage zu «Zuschüssen und Leistungen für laufende Träger und für Aufgaben der Familienpolitik» im November 2019. Hier wird moniert, dass die väterrechtlichen Lobbyorganisationen nicht zum Kreis der Begünstigten gehören.[160] Im Juni 2020 schloss sich Höchst der Kritik der IG-JMV an, Trennungsväter würden bei Corona-Hilfen benachteiligt.[161] Und in einer Anhörung des Rechtsausschusses im Bundestag zur Fortbildung von Richterinnen und Richtern sowie zur Qualitätssicherung im familiengerichtlichen Verfahren ließ sich Gerd Riedmeier stolz mit dem Ausschussvorsitzenden Stephan Brandner (AfD) ablichten.[162] Ob er dies auch mit Amts- und Funktionsträgern anderer Parteien im Bundestag tat, ist nicht bekannt. Offensichtlich haben maskulistische Väterrechtler wenig Berührungsängste mit der AfD.

Beweise für eine geschlossene rechte Gesinnung sind die aufgezählten Beispiele nicht, jedoch zeigen sich zumindest rechte Mosaiksteine. Die maskulistisch-väterrechtliche Argumentation ist anschlussfähig an rechte Positionen. Ob einzelne Väterrechtler, einzelne Gruppierungen oder Organisationen als rechts einzustufen sind, kann man auf dieser Basis nicht beurteilen. Denn zu einem geschlossenen rechten Weltbild gehören weitere naturalisierte und biologistisch begründete Rechtfertigungen sozialer Ungleichheit wie Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Ableismus, Homo- und Transfeindlichkeit. Letzteres ist aufgrund des Familienbildes immerhin anzunehmen. Welche Positionen die in diesem Dossier untersuchten Akteur*innen zu diesen Themen vertreten, ist jedoch nicht bekannt. Denn insgesamt ist die Szene der Maskulisten und Väterrechtlicher keineswegs homogen.

158 FSI-Newsletter, 28.12.2019, S. 2. (Pdf liegt den Autor*innen vor).

159 Andreas Kemper: »... Die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden». Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der «historischen Mission» Björn Höckes (AfD). Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Jena 2016, v.a. S. 64-66.

160 Bundestags-Drucksache 19/15459 vom 26.11.2019; Antwort der Bundesregierung Bundestags-Drucksache: 19/15838 vom 11.12.2019.

161 Nicole Höchst (Hg.) (11.06.2020): Höchst: Waschechte Benachteiligung von Vätern wegen Covid-19? *https://afdbundestag.de/hoechst-waschechte-benachteiligung-von-vaetern-wegen-covid-19/* (Abfrage 09.05.2021).

162 Siehe: *http://www.archeviva.com/riedmeier-stellt-verbindung-zwischen-experten-aus-justiz-und-familiengericht-betroffenen-her/* (Abfrage vom 18.5.2021).

Gleichwohl ist zusammenfassend festzustellen, dass maskulistische Väterrechtler*innen mit ihren Argumentationsmustern eine Diskursbrücke zur extremen und populistischen Rechten konstruieren. Sie spielen damit eine gefährliche Rolle, wenn es darum geht, extrem rechte Positionen zu popularisieren und damit zu verstärken.[163]

163 Vgl. Dorothee Beck (i.E.): Diskursive Brückenschläge: Medien, Maskulismus, Rechtsextremismus. In: Zeitschrift für Rechtsextremismus 1.

5 Transparent und dialogorientiert? Kriterien und Beispiele zur Einordnung gleichstellungspolitischer Akteur*innen

Wie auch in anderen Politikfeldern werden in der Geschlechter- und Gleichstellungspolitik gesellschaftspolitische Zielvorstellungen in demokratischen Aushandlungsprozessen festgelegt. Akteur*innen und Lobbygruppen bringen auf verschiedenen Wegen ihre mehr oder weniger fachlich fundierten Argumente ein und versuchen jeweils Mehrheiten zu gewinnen. Auf Grundlage der dann beschlossenen Ziele werden Maßnahmen entwickelt und Fördermittel vergeben – der übliche Prozess in einer liberalen Demokratie und offenen Gesellschaft.

Voraussetzung dafür ist aber, dass die beteiligten Akteur*innen und Lobbygruppen transparent und dialogisch agieren und keine versteckte Agenda verfolgen – insbesondere dann, wenn sie staatliche Gelder bekommen wollen. Es stellt sich die Frage: Woran erkennt man das? Um bei dem oben beschriebenen Beispiel zu bleiben: Was unterscheidet das Bundesforum Männer vom Forum Soziale Inklusion oder der Interessengemeinschaft Jungen Männer Väter (IG-JMV) bezüglich Transparenz und Dialogorientierung?

Wir schlagen folgende Kriterien vor, die eine Organisation erfüllen sollte, die als gleichstellungspolitische Akteurin im Sinne der Förderrichtlinien des BMFSFJ gelten kann. Diese beziehen sich auf die Dimensionen

- Organisation
- Positionen zur Gleichstellungspolitik
- Breite geschlechterpolitischer Thematiken und Repräsentanz
- Strategien und Verhalten.

5.1 Organisation

a) Es muss ein Grundsatzprogramm, eine Agenda oder eine Plattform formuliert sein, aus der das Selbstverständnis und die gleichstellungspolitischen Ziele der Organisation hervorgehen.

b) Die Angaben über die Anzahl der Mitglieder, die Namen der Vorstandsmitglieder sowie die Namen der Vernetzungspartner*innen müssen transparent und öffentlich zugänglich sein.

c) Es muss Transparenz zur Rechtsform, zum Aufbau der Organisation und zu den Entscheidungsprozessen geben (Geschäftsstelle, Arbeitsgruppen, Fachgruppen).

d) Es muss Transparenz über die Aktivitäten geben (etwa durch Jahresberichte).

5.2 Positionen zur Gleichstellungspolitik

Eine partnerschaftliche Gleichstellungspolitik, wie sie auch in einem vom BMFSFJ herausgegeben Dossier[164] formuliert wird, ist eine Politik für Frauen und Mädchen sowie für Männer und Jungen. Die Rolle von Männern und Männerorganisationen beschreibt diese Politik wie folgt:

- Sie sind Akteure des Wandels, die genau wie Frauen jenseits traditioneller Geschlechterklischees leben wollen.
- Sie sind Unterstützer der Frauenemanzipation, indem sie sich mit ihren Privilegien auseinandersetzen.
- Sie sind Partner in einer Allianz für Vielfalt und soziale Gerechtigkeit im Sinne der «Equality for all gender». [165]

So wie die Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung[166] sich bei der Formulierung der einzelnen gleichstellungspolitischen Ziele auf die Gleichstellungsberichte der Bundesregierung[167] bezieht, so sollten es auch die gleichstellungspolitischen Akteure tun. Das bedeutet:

a) Die gleichstellungspolitischen Akteure erkennen an, dass die Geschlechterordnung nicht ‹natürlich› ist, sondern historischem Wandel und kulturellen Bedingungen unterliegt. Geschlechterstereotype sind nicht mehr zeitgemäß. Das bezieht sich auch auf Familienformen, die heute vielfältig und gleichberechtigt sind. Fürsorgliche Männlichkeit ist heute Bestandteil des Männerbildes, soziale Vaterschaft anerkannt.

164 BMSFSJ (Hg.), Markus Theunert: Gleichstellungspolitik für Jungen und Männer in Deutschland, 2020, Kurzfassung, *https://www.bmfsfj.de/resource/blob/160756/863ce0dc34c9246737897d94c4e-0a4bb/gleichstellungspolitik-fuer-jungen-und-maenner-in-deutschland-kurzfassung-data.pdf* (Abfrage vom 31.05.2021).

165 Ebd., S.5, *https://www.bmfsfj.de/resource/blob/160756/863ce0dc34c9246737897d94c4e0a4bb/gleichstellungspolitik-fuer-jungen-und-maenner-in-deutschland-kurzfassung-data.pdf* (Abfrage vom 31.05.2021).

166 BMFSFJ: Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung: Ziele und Maßnahmen, 2020, *https://www.bmfsfj.de/blob/jump/158356/gleichstellungsstrategie-der-bundesregierung-data.pdf* (Abfrage vom 30.4.2021).

167 Siehe: *https://www.gleichstellungsbericht.de* (Abfrage vom 10.03.2021).

Beispiel: Das Bundesforum Männer formulierte anlässlich seines 10. Jubiläums die grundsätzliche Position: «Jungen werden noch immer in stereotype Rollenerwartungen gepresst. Männern wird Härte und Gefühlskontrolle abverlangt und ihre Verletzlichkeit ignoriert. Väter werden auf ihre Ernährerfunktion reduziert. Das will das Bundesforum Männer überwinden.»[168] Und in der Stellungnahme des Bundesforum Männer zur Reform des Abstammungs-, Kindschafts- und Kindesunterhaltsgesetz vom 5. Oktober 2020[169] wird deutlich, dass es von einer Vielfalt der Familienformen ausgeht, die fürsorgliche Männlichkeit unterstreicht und statt der Ausweitung von Bestrafungen den Vorrang von Beratung und Mediation fordert.

Dagegen vertritt Gerd Riedmeier, der Vorsitzende des Forum Soziale Inklusion, auf der Konferenz Eltern-Kind-Entfremdung in Brüssel[170] folgende Positionen:

- Die biologische (genetische) Vaterschaft verleiht lebenslanges Recht auf das Kind.
- Ein Familienbegriff, der die soziale Betreuung in den Vordergrund stellt, ist falsch: soziale Vaterschaft gibt es nicht.

Mit der Betonung der Bedeutung der biologischen Vaterschaft vertritt er ein konservativ biologistisches Familienbild, das auf der Natürlichkeit sozialer Verhältnisse basiert und soziale Vaterschaft oder Mutterschaft ausschließt (siehe Kapitel 4).

b) Die gleichstellungspolitische Position von Männerinitiativen können (Messner 2000 [171] folgend) an folgenden Kriterien überprüft werden:

- ihre Kritik an institutionalisierten männlichen Privilegien;
- eine Betonung der Kosten der Männlichkeit, also der Nachteile, die sich aus der Lebensrealität von Männern in der Gesellschaft ergeben können (Gesundheitsprobleme, höhere Suizidraten);
- eine Betonung von Unterschieden und Ungleichstellungen (Diversität) innerhalb der männlichen Bevölkerungsgruppen.

«Messner (2000) zufolge sollten Männerinitiativen alle drei Positionen in ausgewogener Weise in ihre Haltungen und in ihre Arbeit einbeziehen, da eine Überbetonung

168 Siehe: *https://bundesforum-maenner.de/2020/11/13/pressemitteilung-jubilaeum/* (Abfrage vom 18.02.2021).

169 Siehe: *https://bundesforum-maenner.de/wp-content/uploads/2020/10/Positionierung-zur-geplanten-Reform-des-Abstammungs-Kindschafts-und-Kindesunterhaltsrechts.pdf* 22.02.2021 (Abfrage vom 31.05.2021).

170 Gerd Riedmeier, Konferenz Eltern-Kind-Entfremdung, EU-Parlament Brüssel, 2020-02- *https://youtu.be/dUVABWtpDe0?t=172* (Abfrage 31.05.2021).

171 M.A. Messner (2000): Politics of masculinities. Men in movements. Lanham, MD: Altamira Press. Zitiert nach Elli Scambor und Anna Kirchengast: Geschlechterpolitische Zugänge in der österreichischen Männerarbeit, Institut für Männer und Geschlechterforschung, Steiermark 2015, S. 10 ff.

von einer der Positionen zu spezifischen Problemen, Verkürzungen und Einseitigkeiten führt. Die Perspektiven ‹Privilegien›, ‹Kosten› und ‚‹Unterschiede› sind dann gut ausbalanciert, wenn

1) die Ungleichstellung der Geschlechter auf struktureller Ebene benannt wird (z.B. was die durchschnittliche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit betrifft),

2) gleichzeitig betrachtet wird, welche Nachteile auf individueller und kollektiver Ebene sich aus der bestehenden Geschlechterordnung für Männer ergeben können (z.B. in Hinblick auf Gesundheit) und

3) die Unterschiede innerhalb der Geschlechtergruppe ‹Männer› durch die Verbindung mit anderen sozialen Kategorien (z.B. sozioökonomische Position, sexuelle Orientierung, Alter, Migrationserfahrung etc.) transparent gemacht werden.»[172]

Beispiel: Das Bundesforum Männer geht von historisch-strukturellen Benachteiligungen von Frauen aus.[173] Die herrschende Geschlechterordnung sei aber auch eine Ursache für die Begrenzung von Jungen und Männern. «Ziel des Bundesforums ist es, einengende und dominante Männlichkeitsstrukturen und Rollenbilder zu überwinden. Es trägt aktiv zur Entwicklung vorurteilsfreier, reflektierender, solidarischer und befreiender Rollenperspektiven bei.»[174] Ebenso tritt das Bundesforum für eine Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Identitäten ein.[175]

Das Forum Soziale Inklusion hingegen sieht keine strukturellen Privilegien von Männern, sondern betont ausschließlich deren Benachteiligung. Diese Nachteile auf der individuellen und kollektiven Ebene werden einseitig definiert. Nach dieser Logik ist die Ursache von Benachteiligungen nicht die herrschende Geschlechterordnung, sondern die aktuelle Gleichstellungspolitik. So heißt es in den Forderungen zur Bundestagswahl 2021: «In den letzten Jahrzehnten und besonders unter der Ägide des BMFSFJ war politisch neben dem berechtigten Fokus auf Minderheiten ein nahezu ausschließlicher Fokus auf Frauen und Mütter erfahrbar. Männer und

172 Elli Scambor und Anna Kirchengast: Geschlechterpolitische Zugänge in der österreichischen Männerarbeit, ebd., S. 11.

173 Bundesforum Männer (Hg.): 10 Jahre gleichstellungsorientierte Politik für Jungen, Männer und Väter, Berlin 2020.

174 Plattform Rollenperspektiven, *https://bundesforum-maenner.de/ueber-uns/plattform/* (Abfrage 31.05.2021).

175 Ebd.

(getrennte) Väter wurden vom zuständigen Bundesministerium ignoriert. Ein defizitärer und undemokratischer Ansatz» [176].

Ein «Gender Empathy Gap» (siehe Kapitel 3) wird konstruiert, um die vermeintliche Vernachlässigung von Männern durch die Gleichstellungspolitik zu indizieren.

Unterschiede innerhalb der Geschlechtergruppe der Männer werden nur sehr begrenzt gesehen, in Stellungnahmen wird vor allem von «den Männern» und «den Trennungsvätern» gesprochen. Wenn das Wechselmodell zum Normalfall des gemeinsamen getrennt Erziehens nach einer Trennung erhoben wird [177], werden Väter mit geringerem Einkommen ausgeblendet, da diese durch dieses Modell in der Regel finanziell überfordert werden. Ebenso gibt es keine Aussagen zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Selbst in der Stellungnahme «Der Weg zum modernsten Familienrecht Europas» mit der Auflistung von Veränderungswünschen der Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter (IG-JMV) (Sprecher Gerd Riedmeier) zur Vorlage beim Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) findet sich kein Hinweis darauf, dass eine Familie nicht nur aus dem Vater, der Mutter und den leiblichen Kindern bestehen kann. [178]

c) Väterrechtliche Positionen von Trennungsvätern können nicht gleichstellungspolitisch begründet werden. Der Gebrauch von gleichstellungspolitisch üblichen Begriffen wie Partnerschaftlichkeit, Gleichberechtigung oder Parität ist noch kein Indikator dafür, dass es auch um die gleichen Inhalte geht, mit denen diese Begriffe im Rahmen der Gleichstellungspolitik benutzt werden.

Beispiel: So spricht das FSI in seinen Forderungen an die Politik zur Bundestagswahl von Gleichstellung zwischen Vätern und Mütter, von Partnerschaftlichkeit, Parität und fairer elterlicher Lastenverteilung für Trennungsfamilien.[179] Eine Analyse der konkreten Forderungen zeigt aber, dass sie keine gleichstellungs-, sondern eine spezielle väterpolitische Stoßrichtung haben.

In der Gleichstellungspolitik, die sich auf Familien bezieht, geht es in der Tat um die Ermöglichung einer geschlechtergerechten, partnerschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Partner*innen, Vätern und Müttern, um «equal care». Die Gleichstellungspolitik der Bundesregierung orientiert sich am Modell einer gleichen Beteiligung von

176 Stellungnahme der IG-JMV vom 20. November 2017 (Sprecher: Gerd Riedmeier): Das modernste Familienrecht Europas schaffen, S.7, *https://fsi-ev.de/das-modernste-familienrecht-in-europa-schaffen/* (Abfrage vom 31.05.2021).

177 Stellungnahme der IG-JMV vom 20. November 2017 (Sprecher: Gerd Riedmeier): Das modernste Familienrecht Europas schaffen, S.7, *https://fsi-ev.de/das-modernste-familienrecht-in-europa-schaffen/* (Abfrage vom 31.05.2021).

178 Ebd.

179 Siehe: *https://fsi-ev.de/forderungen-an-die-politik-zur-bundestagswahl-2021* (Abfrage vom 31.05.2021).

Männern und Frauen an unbezahlter (Haus- und Familien-) Arbeit und bezahlter (Erwerbs-) Arbeit. «Die gleichberechtigte Aufteilung unbezahlter Sorgearbeit ist ein wichtiges gleichstellungspolitisches Ziel».[180] In der Realität ist dieses Ziel aber noch lange nicht erreicht. Der Gender Care Gap beträgt in Paarhaushalten mit Kindern 83,3 Prozent, Mütter verrichten in dieser Konstellation also täglich zwei Stunden und 30 Minuten mehr Care-Arbeit als Väter .[181]

So ist es erstaunlich, dass Trennungsväter nach der Trennung etwas einfordern, was vor der Trennung nur von wenigen Vätern erfüllt wurde oder erfüllt werden konnte: eine partnerschaftliche Arbeitsteilung.

Männer, die egalitäre Rollenmodelle anstreben, sind zurzeit noch mit vielen Widerständen konfrontiert. Geschlechterstereotype, wirtschaftliche Interessen von Arbeitgebern und auch das Entgeltgefälle zwischen den Geschlechtern stehen dem oft entgegen. Diese Probleme werden in der Gleichstellungspolitik gesehen, es wird versucht, diese zu überwinden. Der größte Nachteil aus dem Care Gap ergibt sich aber eindeutig für Frauen und Mütter, wenn man die Folgen für sie betrachtet, die aus dem herrschenden erwerbszentrierten Steuer- und Sozialsystem resultieren. Diese Tatsache wird von den Väterrechtlern nicht bemängelt. In ihrem Fokus auf die Trennungsväter sprechen sie von einer Benachteiligung von Männern und deren Vernachlässigung durch die Familienpolitik. «FSI steht für die Bedürfnisse und Bedarfe von Frauen UND Männern, (getrennt erziehenden) Müttern UND Vätern sowie für BEIDE Haushalte in Trennungsfamilien.»[182] Und die Bedürfnisse der Trennungsväter sehen sie durch die Familienpolitik nicht berücksichtigt. Im Kern beklagen Trennungsväter aber nicht, dass ihnen der ihnen gebührende Anteil an Sorgearbeit für die Kinder vorenthalten wird, sondern sie klagen ihr natürliches Recht auf die Erziehung ihres Kindes aufgrund der Abstammung ein.

Bei der Auflösung einer Partnerschaft von Erwachsenen geht es vorrangig um das Kindeswohl nach der Trennung der Eltern. Das ist eine familienpolitische Zielsetzung. Es geht nicht um Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitsteilung zwischen Partnern, sondern um die Frage, welches Betreuungsarrangement dem Kind die meisten Chancen zur weiteren Entwicklung bieten kann. Die Entscheidung darüber, welche Lösung für ein Kind die Beste ist, ist vorrangig keine Frage der Gleichstellungspolitik, sondern des realen sozialen Umfeldes und seiner Voraussetzungen zur optimalen Betreuung von Kindern.

180 BMFSFJ: Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung: Ziele und Maßnahmen, 2020, S. 19.

181 Siehe: *https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-fuer-die-gleichstellung/gender-care-gap-ein-indikator-fuer-die-gleichstellung-137294* (Abfrage vom 31.05.2021).

182 Antworten des FSI zu einer Anfrage der Zeitung Tagesspiegel vom 17.5.2021, Zitat aus Antwort zu Frage 4, *https://fsi-ev.de/tagesspiegel-und-400-000-e/* (Abfrage vom 31.05.2021).

Väterrechtler, wie sie sich in den Initiativen für Trennungsväter organisieren, sind in diesem Sinne keine gleichstellungspolitischen Akteure, auch wenn sie die Begriffe wie Partnerschaftlichkeit und Geschlechtergerechtigkeit benutzen. Sie sind mit ihrem Anliegen als Trennungsväter väterpolitische Akteure. Sie gehen von einer ausschließlich biologischen Begründung von Vaterschaft aus, aus der sie das zeitlose Recht eines biologischen Vaters auf sein Kind ableiten. Mit der Forderung nach strafrechtlichen Folgen für Mütter wie etwa dem Verbot des unautorisierten Wegzugs, einer strafrechtlichen Verfolgung des Umzugs ins Ausland als Kindesentführung auch für Mütter oder der Verfolgung der Umgangsverweigerung versuchen sie, die Verfügbarkeit und Abhängigkeit der Mütter, wie sie innerhalb der Ehe gegeben war, zu erhalten. Unserer Meinung nach geben sie mit solchen Absichten nur vor, sich für Gleichstellung einzusetzen. Sie deuten Begriffe um, um die Kontrolle über Frauen aufrecht zu erhalten und die Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern zu zementieren.

5.3 Breite geschlechterpolitischer Thematiken und Repräsentanz

Gleichstellungspolitische Träger von bundesweiter Bedeutung sollten in ihrem Selbstverständnis und in ihrer Agenda ein breites Spektrum gleichstellungsbezogener Thematiken behandeln.

Die Gleichstellungsstrategie des Bundes[183] zählt neun Ziele auf, darunter Entgeltgleichheit und eigenständige wirtschaftliche Sicherung im Lebenslauf, soziale Berufe als Karriereberufe stärken, gleichstellungspolitische Standards in der digitalen Lebens- und Arbeitswelt, Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, gleichberechtigte Karrierechancen und Teilhabe in Führungspositionen von Frauen und Männern, gleichberechtigte Repräsentanz in der Demokratie, Frauen und Männer in Kultur und Wissenschaft, gleichberechtigte Teilhabe an Führungspositionen im öffentlichen Dienst des Bundes.

Reine Selbsthilfegruppen oder monothematische Interessenverbände können also in diesem Sinne nicht zu gleichstellungspolitischen Akteur*innen gezählt werden, auch wenn sie die Gleichstellung der Geschlechter in ihrem Rahmen einfordern. Ebenfalls ist es nicht ausreichend, wenn allenfalls heftige Kritik an den gleichstellungspolitischen Maßnahmen geäußert wird, ohne dass eine nachweisbare Arbeit eines Verbandes, etwa in Fachgruppen, an diesen Themen vorliegt.

183 BMFSFJ (2020): Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung, a.a.O., S. 38–107. Bislang ist die Gleichstellungsstrategie in ihrer Diktion binär formuliert.

Beispiel: Das Bundesforum Männer zählt neun Themen auf, zu denen es aktiv arbeitet: «Arbeit, Gesundheit, Gewalt, Jungen, Familie und aktive Vaterschaft, ältere Männer und Pflege, Flucht und Migration, Männerpolitik und Corona».[184] Das Bundesforum hat dazu aktuell vier Fachgruppen und weitere Fachforen gebildet. Es arbeitet zum Beispiel aktiv mit im unabhängigen Pflegebeirat und in der Jury des Gender Award – Kommune mit Zukunft. Außerdem ist es Mitglied in verschiedenen Bündnissen wie im Bündnis Kindergrundsicherung und im Bündnis Sorgearbeit fair teilen.

Das Forum Soziale Inklusion vertritt sichtbar mit seinen Positionen überwiegend familienpolitische Themen. Wenn aber Träger wie Männerinitiativen der Trennungsväter nur zu einem einzigen Thema arbeiten, sollten ihre Positionen zumindest denen der Mehrheit der entsprechenden Gruppe (in diesem Fall der Trennungsväter) entsprechen. Das ist beim FSI nicht der Fall:

Der Vorsitzende des FSI, Gerd Riedmeier, behauptet in der Konferenz «Eltern-Kind-Entfremdung«[185], dass Trennungsväter zu «20%-50%» ihre Kinder hälftig betreuen oder es möchten. Er behauptet auch, dass es dazu keine Statistik gäbe. Das wertet er als Diskriminierung dieser Väter und als Beleg für deren Vernachlässigung durch den Staat.

Die Behauptung, es gäbe keine Statistiken, ist falsch, sie liegen mit einer Allensbach-Studie[186] seit 2017 vor. Danach betreuen überhaupt nur 15 Prozent aller getrenntlebenden Eltern gemeinsam, weitere 17 Prozent wären daran interessiert.

Aus den Befunden der Studie geht weiterhin hervor, dass die von Riedmeier vertretenen Positionen nur einer kleinen Gruppe von Trennungsvätern entsprechen. Dennoch spricht Riedmeier etwa in seiner früheren Funktion als Pressesprecher der IG-JMV von seinem Verein als einem «authentischen Väterverband».[187] Damit nimmt er eine Sprecherposition ein, die sich empirisch nicht belegen lässt. Die meisten Trennungsväter haben, wie die empirische Studie zeigt, andere Forderungen.

184 Siehe: *https://bundesforum-maenner.de/themen/* (Abfrage vom 31.05.2021).

185 Vgl. Gerd Riedmeier, Konferenz Eltern-Kind-Entfremdung, a.a.O., *https://youtu.be/dUVABWtp-De0?t=280* (Abfrage vom 31.05.2021).

186 Institut für Demoskopie Allensbach Getrennt gemeinsam erziehen, a.a.O., *https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/studien/Abach_Trennungseltern_Bericht.pdf* (Abfrage vom 20.4.2021).

187 Siehe: *https://www.presseportal.de/pm/121966/4505219* (Abfrage vom 24.04.2021).

Die Debatte um die anstehende Reform des Sorge- und Umgangsrechts, in deren Zusammenhang das «Wechselmodell«[188] diskutiert wird, zeigt, dass es gerade für diejenigen Eltern, die sich die Betreuung real teilen wollen, wenig Unterstützung durch die herrschenden Unterhaltsregelungen gibt. In der Anhörung zu diesem Gesetz in 2019 wurde das von fast allen Expert*innen betont, während sie ablehnen, das Wechselmodell zum Standard der Betreuung zu erheben.[189] Nur wenige Trennungsväter wollen mehr Strafen für die Mütter oder eine Verschärfung geltender Rechte zu Ungunsten der Mütter, wie sie Riedmeier auf der Konferenz zur Eltern-Kind-Entfremdung im EU-Parlament in Brüssel[190] vertrat (siehe oben). Die von ihm genannten Aspekte werden in der Allensbach-Studie, die die Einstellung von Trennungseltern untersucht, überhaupt nicht erwähnt. Da die Basis der Befragung ein Fragebogen ist, der mit qualitativen Methoden erarbeitet wurde, kann man annehmen, dass diese Faktoren aus der Sicht der in der repräsentativen Stichprobe untersuchten Trennungsväter keine oder nur eine geringe Rolle spielen. In der Konsequenz seiner Forderungen, nämlich bei einer Bestrafung des anderen Elternteils, dürfte sich der Konflikt zwischen den Eltern verschärfen. Das legt nahe, dass es Riedmeier eher um eine Konfrontation mit den Müttern geht. Auch wenn es sicherlich Probleme und Konflikte bei Trennungen und Scheidungen gibt, zu denen Frauen (durchaus auch aus Rache) beitragen, ist die Schärfe, mit der hier Rechte der Trennungsväter eingefordert werden, nicht typisch für Trennungsväter insgesamt, wie aus der Allensbach-Studie hervorgeht.

Zwischen der Position der Mehrheit der Trennungsväter, wie sie in der Allensbach-Studie erhoben wurden, und denen des FSI zeigen sich weitere erhebliche Differenzen:

188 Das Wechselmodell legt das Prinzip der 50%-Teilung der zeitlichen Betreuung und Finanzierung der Kinder aus der geschiedenen Ehe fest. (Siehe auch Fußnote 137.) Weitergehende Informationen dazu z.B.: *https://www.vamv-berlin.de/wechselmodell/das-wechselmodell-aus-sicht-des-kindes/*; *https://www.vaeter-zeit.de/familie-trennung-scheidung/wechselmodell-kinderbetreuung.php*; *https://bundesforum-maenner.de/wp-content/uploads/2019/09/Gemeinsame-Elternverantwortung-nach-Trennung-und-Scheidung_Positionspapi....pdf*; *https://de.wikipedia.org/wiki/Wechselmodell* (Abfragen vom 31.05.2021).

189 Siehe: *https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw07-pa-recht-591622* (Abfrage vom 24.04.2021).

190 Gerd Riedmeier, Konferenz Eltern-Kind-Entfremdung, a.a.O., *https://youtu.be/dUVABWtp-De0?t=386* (Abfrage vom 31.05.2021).

a) Riedmeier fordert das Wechselmodell als Leitmodell.[191]

- Allensbach-Studie: Während 77 Prozent der Gesamtbevölkerung eine hälftige Betreuung durch Vater und Mutter nach der Trennung als eine Idealvorstellung befürworten, unterstützt nur die Hälfte der getrennt lebenden Eltern diese Idealvorstellung. Die andere Hälfte schließt dieses Modell generell für sich aus. Gegen eine gemeinsame Betreuung sprechen bei denen, die es sich überhaupt wünschen zum Beispiel, dass der Organisationsaufwand zu groß sei, der Wechsel Nachteile für die Kinder bringe und die Wohnungen zu weit voneinander entfernt liegen oder zu klein sind. Und selbst die 15 Prozent der getrennten Eltern, die bislang gemeinsam betreuen, teilen sich die Betreuung nicht zu gleichen Teilen: Von 21 Tätigkeiten erledigen sie nur zwölf gemeinsam. Die Erfahrungen dieser relativ kleinen Gruppe, die gemeinsam betreuen, sind gut (54 Prozent) und sehr gut (39 Prozent).

  Die Voraussetzungen dafür, dass die gemeinsame, geteilte Betreuung gelingt, sind eine partnerschaftliche Einstellung beider Eltern sowie ihr Bemühen, Kinder nicht in ihre Konflikte hineinzuziehen. Die partnerschaftlichen Haltungen der gemeinsam Erziehenden machen sich auch bei der Regelung des Unterhalts bemerkbar. Generell berichten 53 Prozent der Trennungseltern über die Festlegung des Unterhalts durch das Gericht oder das Jugendamt – nur 35 Prozent haben die Höhe des Unterhalts untereinander ausgemacht. Dieser Anteil ist bei Müttern und Vätern mit einer eher gemeinsamen Betreuung ungleich größer als in anderen Trennungsfamilien. Das verdeutlicht, dass eine partnerschaftliche Einstellung zwischen den Trennungseltern eine Voraussetzung dafür ist, dass so etwas wie das Wechselmodell überhaupt funktioniert. Eine Haltung, die auf vermeintlich natürlichen Rechten für Väter und Bestrafung von Müttern zielt, widerspricht dieser Haltung fundamental.

191 Vgl. *https://fsi-ev.de/das-modernste-familienrecht-in-europa-schaffen*: «Forderung: Grundsätzlich sind laut Verfassung beide Eltern für die Betreuung ihrer Kinder verantwortlich und zuständig – auch im Falle von Trennung und Scheidung. Die verfassungsmäßig vorgesehene gemeinsame Verantwortung beider Trennungseltern für die Betreuung ihrer Kinder ist für Nachtrennungsfamilien gesetzlich umzusetzen». Siehe ebenso FSI-Forderungen zur Familienpolitik für die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021, *https://fsi-ev.de/bundestagswahl/*: «Beide Eltern sollen, wo immer dies möglich und dem Kindeswohl nicht abträglich ist, gemeinsam und im Idealfall zu gleichen Teilen an der Betreuung der Kinder beteiligt sein. Das Unterhaltsrecht wollen wir so reformieren, dass Anreize gesetzt werden, die Betreuung der Kinder umfangreich wahrzunehmen. Weitere Bereiche wie das Steuer- und Sozialleistungsrecht sollen auf den Normalfall des gemeinsamen getrennt Erziehens angepasst werden» (Abfragen vom 31.05.2021).

b) Riedmeier fordert eine Meldepflicht für Kinder in beiden Haushalten und eine Unterhaltsminderung, wenn sich die Unterhaltspflichtigen zu beträchtlichen Teilen an der Kinderbetreuung beteiligen.[192]

- Allensbach-Studie: Über die Hälfte der Trennungseltern beklagt zwar, dass der Staat ihre Leistungen nicht anerkennt, sie fordern mehr finanzielle Unterstützung und steuerliche Erleichterungen. Riedmeiers Forderung nach einer Meldepflicht für Kinder in beiden Haushalten wird aber nur von einem Drittel der Väter unterstützt (33 Prozent der Väter und 19 Prozent der Mütter, 25 Prozent insgesamt). Auch Wünsche nach einer Unterhaltsminderung, wenn sich die Unterhaltspflichtigen zu beträchtlichen Teilen an der Kinderbetreuung beteiligen, werden von nur 28 Prozent der Väter und von 13 Prozent der Mütter geäußert (20 Prozent insgesamt).

  Dem gegenüber fordern nach der Allensbach-Studie 40 Prozent der Trennungsväter eine Ausweitung der Beratungsangebote, psychologische Beratung und Unterstützung, speziell für Trennungskinder sowie Beratung, wie man die Trennungssituation am einfachsten für das Kind gestalten kann. Auch solche Forderungen sucht man bei Riedmeier vergeblich. Das ist umso erstaunlicher, als es in der Konferenz zur Eltern-Kind-Entfremdung ja um die «Entfremdung» der Scheidungskinder gehen sollte. Da müssten Forderungen nach einer Unterstützung der Kinder und ihrer Eltern eigentlich im Mittelpunkt stehen.

5.4 Strategien und Verhalten

Die Organisation sollte dialogorientiert arbeiten, das heißt, Kooperationen zu bestimmten Fragen mit anderen gleichstellungspolitisch agierenden Organisationen suchen und praktizieren.

Beispiel: In einer grundsätzlichen Positionsbestimmung heißt es beim Bundesforum Männer: «Dabei sind nicht Feministinnen unsere Gegner, sondern all jene gesellschaftlichen Kräfte, die einen Wandel zu mehr Geschlechtergerechtigkeit blockieren. Diese Haltung unterscheidet uns von den selbsternannten Männerrechtlern oder Maskulisten.»[193] Das Bundesforum arbeitet punktuell mit dem Deutschen Frauenrat und der Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten zusammen,

192 Dies ist eine der 8 Forderungen von Gerd Riedmeier auf der Konferenz Eltern-Kind-Entfremdung (s. FN 169). Darüber hinaus: IG-JMV: Das modernste Familienrecht in Europa, Punkt B. Melderecht, *https://fsi-ev.de/das-modernste-familienrecht-in-europa-schaffen*: «Forderung: In Trennungsfamilien können zukünftig die Kinder als Regelfall in beiden Haushalten gemeldet werden. > Das Melderecht ist dementsprechend anzupassen» (Abfrage vom 31.05.2021).

193 Siehe: *https://bundesforum-maenner.de/2020/11/13/pressemitteilung-jubilaeum/* (Abfrage am 18.02.2021).

zuletzt in der Unterstützung der Gründung einer Bundesstiftung Gleichstellung. Es gibt weiterhin gemeinsame Erklärungen etwa zu der EU-Richtlinie zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige (EU-Vereinbarkeitsrichtlinie).[194]

Die antifeministische Männerrechtsbewegung[195] sieht die Männer als Benachteiligte, als Opfer feministischer Politik. Väterrechtler fühlen sich in ihren Rechten missachtet und vom Staat vernachlässigt. Auch der Vorsitzende des Forum Soziale Inklusion vertritt auf der Konferenz zur Eltern-Kind-Entfremdung in Brüssel[196] die Position, dass

- Familienpolitik von Frauen für Frauen gemacht wird,
- das Kindeswohl in dieser Familienpolitik Mütterwohl ist.

Damit folgt er einem männerrechtlichen Narrativ, der FEMOKRATIE. Dabei wird behauptet, dass Frauen die eigentlich Mächtigen in der Politik geworden sind und daher die Rechte der Männer vernachlässigt werden. Gleichzeitig werden Kinderrechte instrumentalisiert und ein Bild von armen Kindern und armen Vätern auf der einen Seite und bösen Müttern und Frauen in der Politik auf der anderen Seite entworfen. Die Position, die sich hier herauskristallisiert, kann als misogyn[197] bezeichnet werden.

MISOGYNIE trifft vor allem Frauen, die aus der traditionellen Rolle ausbrechen, sich dem männlichen Anspruch auf Verfügbarkeit entziehen und die männliche Dominanz ins Leere laufen lassen. Misogynie zeigt sich etwa darin, dass Väterrechtler sich nach der Trennung von ihrer Frau enteignet fühlen, dementsprechend ihr Recht auf das Kind einfordern und versuchen, mit Strafandrohungen dieses Recht durchzusetzen. Der Kontrollverlust über die ehemalige Partnerin nach der Trennung wird als Demütigung erlebt und führt zu dem Versuch, mit der Vaterschaft als Hebel eine erneute Kontrolle über die Mutter zu gewinnen, vor allem durch Bestrafungen oder Entzug des Sorgerechts.[198]

Männer- und Väterrechtler sehen Frauen also eher als ihre Gegnerinnen. Sie diffamieren und beschimpfen zum Beispiel den Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.

194 Siehe: *https://bundesforum-maenner.de/positionen/#* (Abfrage vom 18.02.2021).

195 Hinrich Rosenbrock: Die antifeministische Männerrechtsbewegung. Heinrich-Böll-Stiftung, 2012, *https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/antifeministische_maennerrechtsbewegung.pdf* und Thomas Gesterkamp: Geschlechterkampf von Rechts. Friedrich-Ebert-Stiftung, 2010, *http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07054.pdf* (Abfrage vom 31.05.2021).

196 Gerd Riedmeier, Konferenz Eltern-Kind-Entfremdung, a.a.O., *https://youtu.be/dUVABWtp-De0?t=294* (Abfrage vom 31.05.2021).

197 Kate Manne: Down Girl. Die Logik der Misogynie, Frankfurt am Main 2019, S. 150.

198 Kate Manne (2019) Down Girl. Kapitel 4 «Ihm das Seine nehmen», a.a.O, S. 128 ff.

(VAMV) pauschal als «väterfeindlichen Verein».[199] Ebenso gibt es gezielte Angriffe von Männerrechtlern auf Gleichstellungsbeauftragte. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sah sich daher zu gezielten Beratungsangeboten veranlasst, die Gleichstellungsbeauftragte bei Angriffen von Männer- und Väterrechtlern oder aus dem politischen Raum nutzen können.[200]

Das FSI sucht keine Kooperation mit dem Bundesforum Männer, sondern bekämpft es und unterstützte die Gegengründung Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter. Gerd Riedmeier ist Mitunterzeichner eines offenen Briefes, in dem das Bundesforum Männer diffamiert wird als ein «*politisches Konstrukt* mit der Aufgabe, die Bedürfnisse von Jungen, Männern und Vätern *unsichtbar* zu machen«[201]. Darüber hinaus wurden dem Vorsitzenden des Bundesforum Männer «gezielte Verleumdungen und Beleidigungen» vorgeworfen. Eine Klage von Riedmeier gegen den Bundesvorsitzenden nahm das Gericht nach Auskunft des Bundesforum Männer aber gar nicht erst an, der erhobene Vorwurf erschien ihm als nichtig.

199 Beispiel: «Während von skrupellosen Kreidekreismüttern und von einer unverantwortlich das Kindeswohl missachtenden Helferindustrie entrechtete Väter sich in den einschlägigen Internetforen unter dreifach verschlüsselten Nicknamen die Finger wund schreiben, schließen die feministischen Sturmtruppen der Väterentsorgung ihre Reihen», *http://www.väterwiderstand.de/index.php/der-vam-v/231-politischer-support-fuer-rechtsanwaeltin-strasser* (Abfrage am 18.2.2021).

200 Siehe: *https://www.frauenbeauftragte.org/antifeminismus/strategien-zum-umgang-mit-rechtspopulisten* (Abfrage vom 31.05.2021).

201 Siehe: *https://www.cuncti.net/8-ueber-uns/927-struktur-fuehrungs-undglaubwuerdigkeitskrise-im-bundesforum-maenner* (Abfrage vom 31.05.2021).

6 Fazit

Die Autor*innen sind der Frage nachgegangen, wo und vor allem wie antifeministische und maskulistische Gruppierungen heute aktiv sind und mit welchen Strategien und Argumentationen sie versuchen, Einfluss auf die Gleichstellungspolitik zu gewinnen und staatliche Fördergelder zu akquirieren. Am Beispiel des Vereins Forum Soziale Inklusion und seines Netzwerks wurde untersucht, welche strategischen Veränderungen es in den letzten Jahren in dieser Szene gegeben hat.

Wir gehen davon aus, dass Angriffe gegen Frauen-, Geschlechter- und Gleichstellungspolitiken in den beginnenden 2020er-Jahren in einem neuen Kontext stattfinden. Bestätigt sehen wir diese These in der beschriebenen Diskurspiraterie und der Umdeutung von Begriffen. In einer Art Mimikry geben sich diese Gruppierungen Namen, die positive Konnotationen haben, und stellen sich als seriöse gleichstellungspolitische Organisationen dar. So verschleiern sie ihre eigentlichen Anliegen und Ziele, die oftmals der Gleichstellungspolitik widersprechen. Bei genauem Hinsehen entsteht der Eindruck, dass seit zehn Jahren immer wieder die gleichen wenigen, aber sehr aktiven Männer in Erscheinung treten.

Viele Lobbyisten der Väterrechtsszene haben ein streng zweigeschlechtliches und hierarchisches Verständnis von Geschlecht. Familie besteht für sie nur aus Vater, Mutter und Kind(ern), die biologisch miteinander verwandt sind. Diese Ideologie teilen sie mit antifeministischen, rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen. Sie operieren mit deren Argumentationsmustern und konstruieren so eine Diskursbrücke, extrem rechte Positionen werden so popularisiert und verstärkt. Die hier aufgeführten Beispiele beweisen zwar keine geschlossene rechte Gesinnung, zeigen aber rechte Mosaiksteine und Argumentationen, die anschlussfähig sind an rechte Positionen.

Für Akteur*innen im geschlechterpolitischen Feld, in der Verwaltung und der Politik ist es nicht immer leicht zu beurteilen, ob es sich bei den jeweiligen Akteur*innen oder Antragsteller*innen um seriöse Gruppierungen handelt, die wirklich gleichstellungspolitische Zielsetzungen verfolgen. Voraussetzung für einen lebendigen demokratischen Prozess ist jedenfalls, dass die beteiligten Akteur*innen und Lobbygruppen transparent und dialogisch agieren und keine versteckte Agenda verfolgen – vor allem, wenn sie staatliche Gelder verlangen.

Die von uns vorgestellten Kriterien, die eine Organisation erfüllen sollte, helfen zu beurteilen, ob diese als seriöse gleichstellungspolitische Akteur*in gelten kann. Wichtige Dimensionen sind dabei die Organisationsstruktur, die Positionen zur Gleichstellungspolitik, die Breite geschlechterpolitischer Thematiken und Repräsentanz sowie die Strategien und das konkrete Verhalten dieser Organisationen.

In Anbetracht der zusammengetragenen Beispiele und Analysen sowie der vorgeschlagenen Kriterien für gleichstellungspolitische Akteur*innen und der Förderrichtlinien des BMFSFJ haben die Autor*innen erhebliche Zweifel daran, ob Projekte der väterrechtlichen Initiative Forum Soziale Inklusion nach gleichstellungspolitischen Grundsätzen gefördert werden können und sollten.

Glossar

Ableismus: Der Ableismus «(gleichbedeutend wird auch im englischsprachigen Raum von Ableism gesprochen) ist die alltägliche Reduktion eines Menschen auf seine Beeinträchtigung. Damit einher geht eine Abwertung (wegen seiner Beeinträchtigung) oder aber eine Aufwertung (trotz seiner Beeinträchtigung) (...). Damit erleben behinderte Menschen durch den Ableismus das, was Menschen mit Migrationshintergrund durch den Rassismus widerfährt oder Frauen durch Sexismus erleben.»[202]

Agens e.V.: Verein der deutschen → Männerrechtsbewegung, Ende 2009 gegründet von einigen Autor*innen der Buchveröffentlichung *Befreiungsbewegung für Männer*[203]; gab den Sammelband → Schlagseite heraus; Gründungsmitglied ist Arne Hoffmann; Mitglieder bei Agens sind u.a. → Gerd Riedmeier (der zeitweise öffentlich auch als Pressesprecher benannt wurde) und → Sebastian von Meding[204]

Antifeminismus: Um diesen Begriff zu klären, muss zunächst definiert werden, auf was sich das «Anti-» bezieht, nämlich Feminismus. Da es innerhalb feministischer Bewegungen unterschiedliche Strömungen gibt, ist es treffender von Feminismen im Plural zu sprechen. Deren gemeinsamer Kern ist Herrschaftskritik und Emanzipation. Ziel ist die Überwindung von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen. Das eröffnet Anknüpfungspunkte an kapitalismuskritische, rassismuskritische, postkoloniale und queer-feministische Positionen, auch wenn nicht alle feministischen Strömungen dieser intersektionalen Perspektive folgen. Die feministischen Strömungen in Deutschland gehen davon aus, dass Frauen bis heute nicht gleichberechtigt sind und dass positive Maßnahmen (Affirmative Action) bzw. Gleichstellungsmaßnahmen diese Gleichberechtigung herstellen können und sollen. Antifeminismus bezeichnet die weltanschauliche Gegenposition, die sich gegen die gesellschaftspolitische Liberalisierung und Enthierarchisierung von Geschlechterverhältnissen wendet und für die Aufrechterhaltung heteronormativer Herrschaftsverhältnisse eintritt. Während der Antifeminismus in seinen Anfängen Gleichberechtigung generell ablehnte, behauptet der modernisierte Antifeminismus, dass Gleichberechtigung, wie sie im Grundgesetz steht, erreicht sei. Der Feminismus habe dazu beigetragen und habe daher in der Vergangenheit seine Berechtigung gehabt. Antifeminist*innen lehnen die heutige Gleichstellungspolitik ab, weil der Begriff Gleichstellung nicht im Grundgesetz steht, die darauf bezogene Politik über das Ziel hinaus schieße und nicht nur unnötig sei, sondern auch

202 Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (Hg.): Ableismus erkennen und begegnen – Strategien zur Stärkung von Selbsthilfepotenzialen, o.O., 2018, S. 4.

203 Internetpräsenz von Agens e.V.: Gründungsgeschichte, *https://web.archive.org/web/20101011124645/https://agensev.de/uber-agens/unsere-geschichte/* (Abfrage vom 31.05.2021).

204 Homepage von Sebastian von Meding: Ehrenamt, *http://www.sebastianvonmeding.de/ueber-mich/ehrenamt/* (Abfrage vom 31.05.2021).

ihrerseits Männer diskriminiere. Wer die → Frankfurter Erklärung mit den Kernaussagen, dass die Gleichberechtigung erreicht sei und Gleichstellung Diskriminierung von Männern sei, unterschrieben hat, kann daher als antifeministisch bezeichnet werden.
Zu den antifeministischen Strategien gehört es, Geschlecht zu biologisieren und emotionalisierte Bedrohungsszenarien aufzubauen. Neben der familistischen Ausrichtung, die mit Narrativen wie «traditionelle Familie» und «Lebensschutz» gegen den Feminismus agitiert, ist der → Maskulismus ein weiterer Ansatz, der die vermeintliche Unterdrückung von Männern durch den Feminismus zum Thema hat. Der Antifeminismus kann sich auch gegen profeministische Männer wenden, wendet sich aber dezidierter gegen Feminist*innen: → Misogynie als «Exekutivorgan des Patriarchats».

Baleanu, Michael: ehem. Geschäftsführer der antifeministischen *Männerpartei Deutschland*; stv. Vorsitzender vom → FSI (Sept. 2016 bis Dez. 2020); Referent beim → Deutschen Genderkongress; Unterzeichner des Positionspapiers → Contra Quote.

Buchholz, Günter: Verfasser des Positionspapiers → Contra Quote und Inhaber der Internetpräsenz → Frankfurter Erklärung; seine Bürogemeinschaft diente als Kontaktadresse zur Gründung des → Liberale Männer e.V.[205]

Bundesforum Männer: Interessenverband für Jungen, Männer, Väter: ist eine Nichtregierungsorganisation, die dialogisch orientierte geschlechterpolitische Arbeit betreibt. Als bundesweiter Dachverband vernetzt das Bundesforum Männer seit 2010 Akteure, die im Feld der Jungen-, Väter- und Männerarbeit tätig sind. Das Hauptaugenmerk gilt den Anliegen von Jungen, Männern und (Groß-)Vätern und den Konfliktlagen, die sich aus den eigenen und den gesellschaftlich verankerten Männlichkeits- und Geschlechterbildern ergeben. Für Verbände und Politik ist das Bundesforum Ansprechpartner, um Gleichstellungspolitik zu gestalten. *https://bundesforum-maenner.de/*

Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften Jungenarbeit: Er tritt für eine Förderung von Jungen*arbeit und Jungen*politik mit Blick auf vielfältige Lebenslagen von Jungen* ein. Ziele sind Geschlechterdemokratie und Gleichstellung sowie die Förderung der Entwicklung von Jungen und jungen Männern zu emotional lebendigen, sozialverantwortlichen und reflexiven Persönlichkeiten. Als Fachverband der Jungen*arbeit bezieht sich die BAG auf Jungen*, männliche Jugendliche und junge Männer*, Fachkräfte und gesellschaftliche Institutionen. Sie strebt einen Dialog zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik an. *www.bag-jungenarbeit.de*. Auf Landesebene existieren und arbeiten u.a. Landesarbeitsgemeinschaften in Bayern (*https://lag-jungenundmänner-bayern.de/*), Sachsen (*www.juma-sachsen.de*), Thüringen (*http://jungenarbeit-thueringen.de/*), NRW (*https://www.lag-vaeterarbeit.nrw/*) und Mecklenburg-Vorpommern.

205 Internetpräsenz der Liberalen Männer: Impressum, *https://web.archive.org/web/20180813070648/http://www.liberale-maenner.de/footernav/impressum/* (Abfrage vom 31.05.2021).

Contra Quote (auch → Frankfurter Erklärung): Positionspapier zur «Erklärung zur Gleichstellungspolitik» (2013) von → Günter Buchholz mit der zentralen These, dass Gleichberechtigung schon längst erreicht sei. Es heißt dort u.a.: «Unterrepräsentanz ist [...] eine Folge von unterschiedlichen Wünschen, Präferenzen, Lebensentwürfen, auch von traditioneller Arbeitsteilung und nicht zuletzt von unterschiedlichen Qualifikationen von Männern und Frauen.»[206] Contra Quote wurde u.a. von allen FSI-Vorstandsvorsitzenden bzw. stv. Vorstandsvorsitzenden (→ Gerd Riedmeier, → Andreas Schmohl, → Michael Baleanu) unterzeichnet.

Deutscher Genderkongress: eine seit 2015 zweijährig in Nürnberg stattfindende Tagungsreihe der deutschen → Männerrechtsbewegung; initiiert von → Gerd Riedmeier (→ FSI) und → Sebastian von Meding[207] (→ Trade 5 GmbH); Referenten waren u.a. → Michael Balenau, → Thomas Fügner[208]; die Kontaktadresse war zeitweise identisch mit der der → Liberalen Männer, aktuell läuft das Impressum über die → Trade 5 GmbH; der ausgefallene Deutscher Genderkongress 2018 in Köln sollte vom Verein → Väter-Netzwerk mitorganisiert werden.[209]

Düsseldorfer Kreis: ist ein Netzwerk der → Männerrechtsbewegung; entstand 2009, als die → Männerpartei zu einem Treffen einlud. Vorsitzender ist → Hartmut Wolters; die Stellungnahme des Kreises zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zum «Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts» vom 21.06.2018 wurde u.a. von → Gerd Riedmeier, → Michael Baleanu und → Thomas Penttilä unterzeichnet; der Düsseldorfer Kreis war zumindest in der Vergangenheit über Hartmut Wolters eng verbunden mit dem → Väteraufbruch für Kinder Köln.

Empathie-Lücke: → Gender Empathy Gap.

Familismus: Strömung des → Antifeminismus, die anders als der → Maskulismus vor allem eine vermeintliche Unterdrückung der sogenannten «traditionellen Familie» betont; vgl.

206 Internetpräsenz «Frankfurter Erklärung», *https://frankfurter-erklaerung.de/* (Abfrage vom 31.05.2021).

207 Internetpräsenz vom Deutschen Genderkongress (es gibt unterschiedliche Schreibweisen für die Veranstaltung): Einladung zum Kongress «Gender Reloaded» 2015: Impressum, *https://web.archive.org/web/20150902230416/https://www.genderkongress.org/* (Abfrage vom 31.05.2021).

208 Siehe: *https://www.genderkongress.org/programm-2021/programm-2017/* (Abfrage vom 31.05.2021). Die Fotos von den Veranstaltungen zeigen ihn dort mehrfach, *https://www.genderkongress.org/programm-2021/programm-2019/* (Abfrage vom 31.05.2021). Aufgelistet ist dort «Thomas Fugner (sic!), Dipl-Kfm».

209 Internetpräsenz Deutscher Genderkongress: Registrierung zum Kongress in Köln 2018, *https://web.archive.org/web/20170708084504/https://www.genderkongress.org/anmeldung/* (Abfrage vom 31.05.2021).

z.B. Gisela Notz (2015): Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes.

Farrell, Warren: Er gilt als einer der Begründer der internationalen → Männerrechtsbewegung; vertritt die Position, die «Ideologie des Feminismus» sei mitverantwortlich für das → Gender Empathy Gap.

Femokratie: Narrativ des → Antifeminismus, welches unterstellt, die Gesellschaft werde durch den Feminismus regiert; der Femokratie-Blog ist ein Blog der Betreiber der maskulistischen Internetpräsenz → WGvDL.

Forum Soziale Inklusion e.V. (FSI): ein 2012 gegründeter Verein der deutschen Männerrechtsbewegung. Zum Vorstandsvorsitz zählten Gerd Riedmeier, Andreas Schmohl und Michael Baleanu; → Hartmut Wolters trat 2017 dem Verein bei[210]; im Zusammenhang mit dem FSI entstanden die Deutschen Genderkongresse und die Initiative Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter, zu dessen Gründungsmitgliedern das FSI zählte; organisierte zusammen mit dem Abgeordneten des Europaparlaments Klaus Buchner von der Partei ÖDP die am 06. Februar 2020 im Europaparlament durchgeführte Tagung «We love you both».

Frankfurter Erklärung: Internetpräsenz von Günter Buchholz; zugleich der Name von Buchholz' Positionspapier ‹Contra Quote. Erklärung zur Gleichstellungspolitik› (2013) mit der zentralen These, dass Gleichberechtigung schon längst erreicht sei. Es heißt dort u.a.: »Unterrepräsentanz ist […] eine Folge von unterschiedlichen Wünschen, Präferenzen, Lebensentwürfen, auch von traditioneller Arbeitsteilung und nicht zuletzt von unterschiedlichen Qualifikationen von Männern und Frauen.» Contra Quote wurde u.a. von allen FSI-Vorstandsvorsitzenden bzw. stv. Vorstandsvorsitzenden (Gerd Riedmeier, Andreas Schmohl, Michael Baleanu) unterzeichnet.

FSI: → Forum Soziale Inklusion e.V.

Fügner, Thomas: Fügner betreibt die Männerschmiede[211]; trat 2017[212] und 2019[213] als Referent beim Deutschen Genderkongress auf bzw. wird dort entsprechend aufgelistet. Laut

210 Hartmut Wolters: Unsere Sicht auf die Väterarbeit in Deutschland, PDF des Vereins Väterbewegung, *https://vaeterbewegung.org/wp-content/uploads/2019/04/Portfolio-1.1.pdf* (Abfrage vom 31.05.2021).

211 Siehe: *https://maennerschmie.de/index.php/thomas-fugner/* (Abfrage vom 31.05.2021).

212 Siehe: *https://www.genderkongress.org/programm-2021/programm-2017/* (Abfrage vom 31.05.2021). Die Fotos von den Veranstaltungen zeigen ihn dort mehrfach.

213 Siehe: *https://www.genderkongress.org/programm-2021/programm-2019/* (Abfrage vom 31.05.2021). Aufgelistet ist dort «Thomas Fugner, Dipl-Kfm».

WikiMANNia ist Fügner seit 2010 Mitglied bei Agens e.V.[214] und dort beteiligt in der AG Trennungskinder; über die Vermittlung von Agens trat Fügner bei RTL II als Coach in einer Scripted Reality Sendung zu Scheidungskindern auf[215]; auch die Erläuterung zur «Männlichen Identiät» bei Agens e.V. stammt von Fügner[216]; bis 22.02.2020 war Fügner AfD-Mitglied[217], unter anderem Beisitzer im AfD-Landesvorstand Bayern[218]; Fügner unterzeichnete die «Erfurter Erklärung» des vom Verfassungsschutzes beobachteten «Flügel» um Björn Höcke und gehörte darüber hinaus zu den wenigen AfD-Mitgliedern, die vom Bayerischen Verfassungsschutz explizit beobachtet werden; am 24.06.2016 schrieb Fügner auf seiner VK-Seite: «Liebe winselnden Mütter in #starkundalleinerziehend! [...] Ihr seid eben NICHT stark, wenn Ihr Alleinerziehende seid. [...] Ihr seid dadurch, dass Ihr berufstätig UND alleinerziehend seid, ANFÄLLIGER UND SCHWACH. Und Eure Kinder sind, weil denen die zweite ‹Wurzel›, ihre emotionale und geistige «Nahrung» mehrheitlich fehlt, ebenso geschwächt.»[219]; In einem Kommentar an den Antisemiten Wolfgang Gedeon stimmt Fügner am 6.01.2020 Gedeon zu, der Björn Höckes Zurückhaltung gegenüber der AfD-Parteispitze kritisiert, und führt aus: Die «Anti/Semitusfrage» [sic!] sei «mitnichten das Deutsche Kernproblem! Die gesamte Deutsche Identität an ihrem geschichtlichen Antipoden [sic!] aufzuhängen, diesen auch noch in die Gegenwart hineinzutragen- das ist viel zu kurz gesprungen. Denn es darf nicht nur NICHT nach Antisemitismus aussehen, im gegenwärtigen Kontext haben wir zu dieser Problematik schlicht Redeverbot. [...] SIE HÄTTEN das Zeug, diese Fragen aufzufächern und uns, der AfD und den Deutschen ein breiteres Spektrum an Potentialen und Antworten aufzuzeigen.»[220]

GEG: → Gender Empathy Gap.

Gender Empathy Gap: (GEG; Gender-Empathielücke) maskulistische Parallelbildung zum Gender Pay Gap; These, dass das Leid von Jungen und Männern weniger Mitleid hervorrufe

214 WikiMANNia: Thomas Fügner in der Version vom 22. Juli 2020, 05:27 Uhr. Die Seite WikiMANNia ist indiziert, daher wird die Seite nicht verlinkt, ein Screenshot liegt vor.

215 Internetpräsenz von Agens e.V.: Neuer Fokus der TV Medien: Väter und Kinder in Trennung, 16.05.2014, *https://web.archive.org/web/20210123022431/https://agensev.de/neuer-fokus-der-tv-medien-vaeter-und-kinder-in-trennung/* (Abfrage vom 31.05.2021).

216 Internetpräsenz von Agens e.V.: Thomas Fügner: Männliche Identität, *https://web.archive.org/web/20201204195245/https://agensev.de/maennliche-identitaet/* (Abfrage 10.04.2020).

217 WikiMANNia: Thomas Fügner in der Version vom 22. Juli 2020, 05:27 Uhr. Die Seite WikiMANNia ist indiziert, daher wird die Seite nicht verlinkt, ein Screenshot liegt vor.

218 Internetpräsenz der AfD Bayern, *http://web.archive.org/web/20160601104737/http://www.afdbayern.de/thomas-fuegner/* (Abfrage vom 31.05.2021).

219 VK-Eintrag vom 24.02.2016, *https://web.archive.org/save/https://vk.com/wall321435726_55* (Abfrage vom 31.05.2021).

220 Kommentar vom 6. Januar 2020 um 23:31 Uhr zum Blogbeitrag von Wolfgang Gedeon: «Ist die AfD noch zu retten? Eine Nachlese zum Braunschweiger Bundesparteitag» vom 6. Januar 2020, *https://web.archive.org/web/20200119135431/https://www.wolfgang-gedeon.de/2020/01/ist-die-afd-noch-zu-retten-nachlese-zum-bundesparteitag-2019/* (Abfrage vom 31.05.2021).

als das Leid von Mädchen und Frauen; Vertreter des GEG wie z.B. → Warren Farrell sehen in der «Ideologie des Feminismus» eine Ursache für den GEG; Gender Empathy Gap ist zudem der Titel einer Internetpräsenz von → MANNdat.

Gender-Ideologie: antifeministisches Narrativ. «Als *Gender-Ideologie* werden verallgemeinernd die Geschlechterforschung, staatliche Gleichstellungspolitik sowie die Frauenbewegung und Queer-Movements als ideologische Erscheinungen (‹Genderismus›) zu delegitimieren versucht – wobei sich der Ideologie-Vorwurf insbesondere gegen die Gender Studies richtet.» (Diskursatlas Antifeminismus: Gender-Ideologie, *http://www.diskursatlas.de/index.php?title=Gender-Ideologie*).

Genderwahn: antifeministisches Narrativ, unterstellt eine ins Wahnhaft gesteigerte → Gender-Ideologie (siehe auch: *http://www.diskursatlas.de/index.php?title=Genderwahn*).

Hoffmann, Arne: Buchautor und Blogger der deutschen Männerrechtsbewegung; Gründungsmitglied von Agens e.V.; Hoffmann distanzierte sich im Zuge der Debatte um den rechtsterroristischen Attentäter Breivik vom inzwischen rechtsextremen maskulistischen Forum WGvdL; nach einer halbjährigen Bloggerpause meldete er sich mit einem Interview mit Gerd Riedmeier zurück, der kurz nach dem Interview den Verein FSI gründete.

IG-JMV: → Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter.

Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter (IG-JMV): Verband der deutschen Männerrechtsbewegung; initiiert von Gerd Riedmeier im Zuge des ersten → Deutschen Genderkongresses 2015 in Nürnberg; zu den Verbandsmitgliedern zählten zunächst → Forum Soziale Inklusion e.V., → MANNdat e.V., → Väter-Netzwerk e.V., → Düsseldorfer Kreis, → Trennungsväter e.V., → Väteraufbruch für Kinder Köln e.V.; die IG-JMV wurde als Gegenverband zum geschlechterdemokratisch orientierten Bundesforum Männer gegründet.

Lassahn, Bernhard: ein deutscher Schriftsteller. Er betreibt u.a. die Website *www.frau-ohne-welt.de* und ist Verfasser des im Manuscriptum Verlag erschienenen Buchs *Frau ohne Welt. Trilogie zur Rettung der Liebe*. In diesem setzt er sich kritisch mit Feminismus auseinander und schlägt antifeministische und maskulistische Töne an. Auf der Verlagsseite heißt es: «Der Feminismus trennt die Frauen von ihrer ureigenen Verantwortung und damit von ihrem Leben. Bernhard Lassahn sagt nun: Das feministische Ziel ist längst nicht mehr die Gleichberechtigung der Frau, sondern die Überwindung des Mannes als etwas Vorzeitlichem. Der Feminismus wendet sich gegen Mann und Mutterschaft und damit gegen die Familie. Wer den Feminismus gutheißt, schickt die Frau in eine kinderlose Weltfremdheit, die keine Zukunft hat. Er schadet allen. Lassahn spricht von einem »Doppelfehler«. Der Feminismus trennt, was zusammengehört (Mann und Frau), und er verallgemeinert, was es nicht allgemein gibt (Gut und Schlecht)», *https://www.*

manuscriptum.de/frau-ohne-welt.html. Lassahn ist regelmäßiger Autor des Monatsmagazins *Eigentümlich frei, https://ef-magazin.de/autor/bernhard-lassahn,* und des Blogs *Achse des Guten, https://www.achgut.com/autor/lassahn*. Beide Medien werden von Politikwissenschaftler*innen der Neuen Rechten zugeordnet.[221] Selbst beschreibt der Herausgeber die Positionen des Mediums als libertär.
Die Bürogemeinschaft von Lassahn war zeitweise Kontaktadresse der → Liberalen Männer e.V.

Liberale Männer e.V.: ein Verein der → Männerrechtsbewegung im Umfeld der FDP; zu den Vorsitzenden der am 5. August 2017 gegründeten Organisation gehörten Anton Beer, → Sebastian von Meding (stv.), Kevin Fuchs (stv.) und → Andreas Schmohl (stv.)[222]; Kontaktadresse war zunächst die Bürogemeinschaft von → Bernhard Lassahn, später war die Kontaktadresse mit der vom → Deutschen Genderkongress identisch; der E-Mail-Kontakt verwies auf die → Trade 5 GmbH.

MANNdat e.V.: ist der älteste Verein der deutschen → Männerrechtsbewegung; war Gründungsmitglied im Verband → IG-JMV; Ansprechpartner für *MANNdat e.V.* in Bayern ist das Vorstandsmitglied vom → FSI, → Andreas Schmohl; Vorstandsmitglied ist nach eigenen Angaben → Sebastian von Meding[223].

Männerpartei: Eine Partei → der Männerrechtsbewegung, die sich 2012 auflöste; als es in der Internetpräsenz der Partei u.a. hieß: «Wir können die aktuelle Staatsform in Deutschland nur als menschenverachtenden Radikalfeminismus bezeichnen, welcher Vorgehensweisen von vor ~ 70 Jahren verdeckt gleich radikal umsetzt und dabei das Gewesene in seinem Überwachungswahn noch übersteigt.» → Michael Baleanu war Geschäftsführer der Partei[224].

Männerpolitische Positionen und Themen: Beispiele von https://bundesforum-maenner.de/themen/. Arbeit neu definieren – mehr Balance zwischen Arbeits- und Privatleben für Männer; Jungen- und männerspezifische Gesundheitsfragen differenziert in den Blick nehmen und insgesamt mehr Geschlechtersensibilität in das Thema Gesundheit bringen;

221 Vgl.: *https://de.wikipedia.org/wiki/Eigent%C3%BCmlich_frei#cite_note-14* (Abfrage vom 31.05.2021).

222 Homepage der Liberalen Männer: Vorstand, *https://web.archive.org/web/20171029154147/http://www.liberale-maenner.de/menu/vorstand* (Abfrage vom 31.05.2021).

223 Homepage von Sebastian von Meding: Ehrenamt, *http://www.sebastianvonmeding.de/ueber-mich/ehrenamt/* (Abfrage vom 31.05.2021).

224 Internetpräsenz der Männerpartei. Hier tritt Baleanu mehrfach explizit als «Geschäftsführer» auf: *https://web.archive.org/web/20080907125749/http://www.maennerpartei.com/gesetze.htm*; die Volkshochschule Leipzig weist in ihrem Frühjahresprogramm 2013 noch für den 13.2.2013 auf eine Vorstellung der Männerpartei durch deren Geschäftsführer Michael Baleanu hin: *https://www.genderkongress.org/programm-2021/programm-2019/* (Abfragen vom 31.05.2021).

Gewalt trifft auch Männer: Die Verletzbarkeit (Vulnerabilität) von Männern – die Tatsache, dass auch Männer Opfer von (sexualisierter) Gewalt werden können – muss anerkannt und enttabuisiert werden; klischeefreie Entwicklungschancen für Jungen (und Mädchen); gute Rahmenbedingungen für aktive Väter; jede/r hat das Recht auf Familiengründung, unabhängig von sexueller Identität und Orientierung; gemeinsame Verantwortung der Eltern in Nachtrennungsfamilien; ältere Männer und Pflege: Übergänge geschlechtersensibel gestalten, geschlechtergerechte Pflege; Männlichkeiten im Kontext von Flucht und Migration.

Männerbewegung: Sie «ist im Feminismus der 1970er-Jahre entstanden und pro-feministisch. Ihr geht es um das Aufbrechen eines normativen Geschlechterbildes, das es Männern beispielsweise erschwert, Berührungen oder Emotionen zuzulassen.» [225]

Männerrechtsbewegung: in den 1980er-Jahren in den USA u.a. von -> Warren Farrell gegründete Bewegung, die die Rechte der Männer durch den Feminismus beschnitten sieht[226]. In Deutschland umfasst die Szene der Männerrechtsbewegung Vereine (z.B. → MANNdat, → Agens, → FSI), Initiativen und Einzelpersonen, die die Gleichstellungspolitik ablehnen bzw. bekämpfen (→ Antifeminismus) und diesen für eine vermeintliche Benachteiligung von Jungen, Männern und Vätern (→ Vaterrechtsbewegung) verantwortlich machen (→ Gender Empathy Gap); die Männerrechtsbewegung versucht ihr Anliegen in Politik und Wissenschaft geltend zu machen und distanziert sich von fanatischen Teilen des → Maskulismus (wie z.B. → WGvdL oder → WikiMANNia).

Männerrechtsverein: Gruppierungen und Vereine, die der -> Männerrechtsbewegung zugerechnet werden können.

Marianische Männerkongregation : eine konservative katholische Vereinigung, die der Marienverehrung huldigt. In ihren Kongregationen verstehen sich die Mitglieder als Sodalen, das bedeutet, dass sie als Gemeinschaft zusammenstehen und sich für ein Allgemeinwohl einsetzen wollen. Mit der Aufnahme weiht sich jeder Sodale der Gottesmutter.[227]

Maskulismus: Er «ist eine Form des → Antifeminismus, die nicht von einer natürlichen Überlegenheit des Mannes ausgeht, sondern den Mann als Opfer in den Blick nimmt. In dieser Form trat er um die Jahrtausendwende zunächst als Internet-Phänomen in

225 Glossar im Beitrag «Zwischen Männerthemen und Frauenhass» von Laura Lucas, *https://www.deutschlandfunkkultur.de/maskulismus-zwischen-maennerthemen-und-frauenhass.976.de.html?dram:article_id=416289* (Abfrage vom 30.4.2021).

226 Siehe: *https://de.wikipedia.org/wiki/Warren_Farrell* (Abfrage vom 31.05.2021).

227 Siehe: *https://mc-altoetting.de/* (Abfrage vom 31.05.2021).

Erscheinung.»[228] Als Eigenbezeichnung der Strömung des → Antifeminismus behauptet er eine Unterdrückung der Männer durch den Feminismus; der Maskulismus umfasst neben der moderat auftretenden → Männerrechtsbewegung auch deutlich rassistische und antisemitische Positionen (→ WGvdL; → WikiMANNia). Der Begriff wird z.T. synonym zu Maskulinismus verwendet.

Maskulinismus: Er «ist eine Form des → Antifeminismus, die von einer natürlichen Überlegenheit des Mannes gegenüber der Frau ausgeht und für eine Vorherrschaft des Mannes plädiert.»[229] In dieser Form hat sich Antifeminismus vor allem bis weit in die 1960er-Jahre dargestellt. Der Begriff wird z.T. synonym zu → Maskulismus verwendet.

Meding, Sebastian von: Er gründete die → Trade 5 GmbH; war im Gründungsjahr des → Väter-Netzwerks e.V. Vertreter der Öffentlichkeitsarbeit[230] [231]; war Mitinitiator des ersten → Deutschen Genderkongresses[232] und des Vereins → Liberale Männer[233]; Meding ist nach eigenen Angaben stellv. Vorsitzender der → Liberale Männer e.V.[234]; Vorstandsmitglied vom → Väter-Netzwerk e.V.[235]; Vorstandsmitglied von → MANNdat e.V.[236]; Bundesdelegierter des ISUV Interessenverband Familienrecht e.V.[237]; Mitglied bei → Agens e.V.[238]; Mitglied beim → Forum Soziale Integration e.V.[239]

Mimikry: Mimikry bedeutet in der Biologie eine Form der Nachahmung. Der zoologische Begriff steht für eine «Schutztracht wehrloser Tiere, die in Körpergestalt und Färbung

228 Glossar im Beitrag «Zwischen Männerthemen und Frauenhass» von Laura Lucas, *https://www.deutschlandfunkkultur.de/maskulismus-zwischen-maennerthemen-und-frauenhass.976.de.html?dram:article_id=416289* (Abfrage vom 30.4.2021).

229 Ebd.

230 Internetpräsenz des Vereins Väter-Netwerk e.V.: Impressum, *https://web.archive.org/web/20131004114810/http://www.vaeter-netzwerk.de/html/kontakt___impressum.html* (Abfrage vom 31.05.2021).

231 Amt für Kultur und Freizeit: «Alle drin: Veranstaltungen September Oktober 2013», S. 33 f., *https://docplayer.org/111339158-September-oktober-alles-drin-veranstaltungen-amt-fuer-kultur-und-freizeit.html* (Abfrage vom 31.05.2021).

232 Internetpräsenz vom Deutschen Genderkongress: Einladung zum Kongress «Gender Reloaded» 2015: Impressum, *https://web.archive.org/web/20150902230416/https://www.genderkongress.org/* (Abfrage vom 31.05.2021).

233 Homepage der Liberalen Männer: Vorstand, *https://web.archive.org/web/20171029154147/http://www.liberale-maenner.de/menu/vorstand* (Abfrage vom 31.05.2021).

234 Homepage von Sebastian von Meding: Ehrenamt, *http://www.sebastianvonmeding.de/ueber-mich/ehrenamt/* (Abfrage vom 31.05.2021).

235 Ebd.

236 Ebd.

237 Ebd.

238 Ebd.

239 Ebd.

wehrhafte oder anders geschützte Tiere» imitieren (Fremdwörterduden). Diese Taktik vermeintlich Wehrloser funktioniert auch in der Politik. Z.B. präsentieren sich Väterrechtler sprachlich gut getarnt als → Forum Soziale Inklusion auf den ersten Blick gemäßigt. Bei genauem Hinsehen aber wird klar, dass sie die Gleichstellungspolitik der Bundesregierung radikal ablehnen.

Misogynie: Frauenhass; ist nach Kate Manne das «Exekutivorgan einer patriarchalen Ordnung, das benutzt wird, um die herrschende Ideologie aufrecht zu erhalten, zu kontrollieren und durchzusetzen», tritt also weniger explizit auf als der dezidierte → Antifeminismus.

Parental Alienation Syndrome (PAS): «Eltern-Kind-Entfremdungssyndrom»; eine vor allem von Mitgliedern der → Väterrechtrechtsbewegung interpretierte These, Kinder würden in Trennungssituationen erkranken, wenn ein Elternteil diese gegen das andere instrumentalisiere bzw. entfremde; das Syndrom ist medizinisch nicht anerkannt; von Vertretern der Väterrechtsbewegung wird generalisiert, Mütter würden sehr häufig Kinder gegen Väter instrumentalisieren; → antifeministische Positionen verallgemeinern, dass Kinder immer erkranken würden, wenn sie nicht mit Mutter und Vater gemeinsam aufwüchsen; das → FSI organisierte auf Einladung der ÖDP am 06. Februar 2020 im Europaparlament die Tagung → «We love you both» zum PAS.

PAS: → Parental Alienation Syndrome.

Riedmeier, Gerd: Aktivist der deutschen → Männerrechtsbewegung; Riedmeier ist erster Vorsitzender des → Forum Soziale Inklusion (FSI) und Mitinitiator des → Deutschen Genderkongresses (DGK), wo er 2015 in Nürnberg den Einführungsvortrag hielt; Riedmeier war Mitgründer der → IG-JMV, die im Zuge des → Deutschen Gender Kongresses 2015 entstand; Riedmeier koordinierte die IG-JMV und war deren Sprecher; Unterzeichner von → Contra Quote; Mitarbeit am → Rosenheimer Modell.

Rosenheimer Modell: Wechselmodell; beteiligt war → Gerd Riedmeier.[240]

Rossnagel, André: Zweiter Vorsitzender des Vereins → Väter-Netzwerk e.V.[241]

Schlagseite MannFrau kontrovers: Sammelband des Vereins → Agens e.V., herausgegeben von Eckhard Kuhla; Autor*innen sind u.a. → Gerd Riedmeier, → Günter Buchholz, → Arne Hoffmann und Birgit Kelle.

240 Siehe: *https://rosenheimermodell.de/Basics/ und https://rosenheimermodell.de/Info/Danksagung/* (Abfrage vom 9.5.2021).

241 Siehe: *https://vaeter-netzwerk.de/vaeter-netzwerk/vorstand* (Abfrage vom 31.05.2021).

Schmohl, Andreas: stellvertretender Vorsitzender des → FSI; war stv. Vorsitzender der → Liberalen Männer[242]; kandidierte 2018 bei der Landtagswahl in Bayern für die FDP, legte aber 2019 seine Parteiämter nieder; Schmohl ist Kontaktperson für den Verein → MANNdat in Bayern; Unterzeichner von → Contra Quote.

Trade 5 GmbH: Sie wurde 1999 als Online-Handel-Unternehmen für Handy-Zubehör von → Sebastian von Meding gegründet; *Trade5* bzw. *Sebastian von Meding* war neben → Gerd Riedmeier einer der Organisatoren des ersten → Deutschen Genderkongress 2015 und verantwortet laut Impressum die Website vom Deutschen Genderkongress.

Trennungsväter e.V.: Trennungsväter e.V. (Thomas Penttilä, 1. Vorsitzender)[243]; Gründungsmitglied im Verband → IG-JMV.

Väteraufbruch für Kinder: Verein der deutschen → Väterrechtsbewegung und Mitglied im Bundesforum Männer; insbesondere der →Väteraufbruch für Kinder Köln positionierte sich gegen Gleichstellungspolitik und Feminismus.

Väteraufbruch für Kinder Köln: Kölner Ortsverein des → Väteraufbruch für Kinder; er war zeitweise eng verbunden mit dem Netzwerk → Düsseldorfer Kreis; Gründungsmitglied im Verband → IG-JMV.

Väterbewegung e.V. i.Gr.: («Verein der Freunde und Förderer der Väterbewegung in Deutschland»), 2019 als «Trägerverein» konzipierte Gruppierung mit → Hartmut Wolters im Vorstand[244], möchte eine «neue Einheit» der → Väterrechtsbewegung schaffen: «Seit 15 Jahren analysiere ich die Väterbewegung. Der Tenor ist, dass niemand etwas tut, niemand zu Demos kommt, niemand dies, niemand das. Fakt ist, dass es die Väterbewegung nie geschafft hat, die breite Masse zu erreichen. […] Diejenigen, die verhandelten, distanzierten sich stets von den Polemikern und die Polemiker verunglimpften diejenigen, die am Verhandlungstisch saßen, als Verräter. Hier gilt es, eine neue Einheit zu schaffen und zu begreifen, dass eine erfolgreiche Bewegung alle demokratischen Instrumente beherrschen und auch konzertiert, also strategisch und taktisch nutzen muss.»[245]

242 Homepage der Liberalen Männer: Vorstand, *https://web.archive.org/web/20171029154147/http://www.liberale-maenner.de/menu/vorstand* (Abfrage vom 31.05.2021).

243 Siehe: *http://www.trennungsvaeter.de/vorstand.html* (Abfrage vom 31.05.2021).

244 Hartmut Wolters: Unsere Sicht auf die Väterarbeit in Deutschland, PDF des Vereins Väterbewegung, *https://vaeterbewegung.org/wp-content/uploads/2019/04/Portfolio-1.1.pdf* (Abfrage vom 31.05.2021).

245 Ebd.

Väter-Netzwerk e.V.: Verein der deutschen → Väterrechtsbewegung; Mitglieder gehören zu den Erstunterzeichnern der → Ziegelsteiner Deklaration; 2013 war → Sebastian von Meding Vertreter der Öffentlichkeitsarbeit[246] [247], der auch aktuell nach eigenen Angaben Vorstandsmitglied ist[248]; war Gründungsmitglied im Verband → IG-JMV; 2. Vorsitzender ist → André Rossnagel; das Väter-Netzwerk Nürnberg war Mitinitiator des → Deutschen Genderkongresses 2015.

Väterrechtsbewegung: ein Bündnis von Initiativen, Einzelpersonen und Vereinen wie → Väter-Netzwerk e. V., → Väteraufbruch für Kinder Köln, → Trennungsväter e.V., welcher sich als Teil der → Männerrechtsbewegung als Interessenvertretung von Vätern versteht.

We love you both: gemeinsame Tagung des → FSI und von Klaus Buchner, Abgeordneter der Partei ÖDP im Europaparlament am 06. Februar 2020 zum → Parental Alienation Syndrome; → Gerd Riedmeier ergänzte mit einem Schlussstatement die Beiträge und moderierte die Abschlussdiskussion.

WGvdL: → Wieviel Gleichberechtigung verträgt das Land.

WikiMANNia: indiziertes rechtsextremes Internetportal der deutschsprachigen Szene des → Maskulismus; wurde aus dem Personenkreis des maskulistischen Forums → Wieviel Gleichberechtigung verträgt das Land gegründet; der → Deutsche Genderkongress basiert inhaltlich nach eigenen Angaben auch auf der Arbeit von WikiMANNia.

Wieviel Gleichberechtigung verträgt das Land (WGvdL): ältestes Internetforum des → Maskulismus im deutschsprachigen Raum mit inzwischen durchgehend rechtsextremen Positionen. Forenmitglieder geben das indizierte Internetportal → WikiMANNia heraus; im Zuge der Debatten um den antifeministischen Attentäter Breivik distanzierte sich der → Männerrechtler → Arne Hoffmann von WGvdL – nach einer halbjährigen Bloggerpause meldete sich Hoffmann in einem Interview mit → Gerd Riedmeier und in Opposition zu WGvdL zurück.

246 Internetpräsenz des Vereins Väter-Netzwerk e.V.: Impressum, *https://web.archive.org/web/20131004114810/http://www.vaeter-netzwerk.de/html/kontakt___impressum.html* (Abfrage vom 31.05.2021).

247 Amt für Kultur und Freizeit: «Alle drin: Veranstaltungen September Oktober 2013», S. 33f., *https://docplayer.org/111339158-September-oktober-alles-drin-veranstaltungen-amt-fuer-kultur-und-freizeit.html*, (Abfrage vom 31.05.2021).

248 Homepage von Sebastian von Meding: Ehrenamt, *http://www.sebastianvonmeding.de/ueber-mich/ehrenamt/* (Abfrage vom 31.05.2021).

Wolters, Hartmut: initiierte 2009 als Mitglied der → Männerpartei das → Männerrechts-Netzwerk → Düsseldorfer Kreis[249]; war Vorsitzender des Kölner Ortsvereins → Väteraufbruch für Kinder Köln; ist Vorstandsmitglied des Vereins → Väterbewegung; trat 2017 dem → FSI als Mitglied bei.[250]

Ziegelsteiner Deklaration: eine sich auf das Jugendamt Nürnberg im Stadtteil Ziegelstein von 19 Personen (u.a. Mitgliedern des «ISUV-Arbeitskreises Kinderrechte in der Metropolregion Nürnberg» und → «Väter-Netzwerk e. V.») am 3. Februar 2014 unterzeichnete Petition mit dem Untertitel «Allen Kindern beide Eltern, auch nach Trennung und Scheidung!»

249 Hartmut Wolters: Unsere Sicht auf die Väterarbeit in Deutschland, Pdf des Vereins Väterbewegung, *https://vaeterbewegung.org/wp-content/uploads/2019/04/Portfolio-1.1.pdf* (Abfrage vom 31.05.2021).

250 Ebd.

Autor*innen

Dorothee Beck, promovierte Politikwissenschaftlerin und Geschlechterforscherin, forscht an der Uni Marburg zum Thema Antifeminismus/Anti-Genderismus sowie zu politischer Partizipation und Geschlecht, zu geschlechtsbasierter Gewalt in politischen Institutionen sowie zu Geschlecht in medialen Repräsentationen von Politiker*innen; arbeitet daneben als freiberufliche Publizistin, Expertin und Moderatorin zu ihren Forschungsthemen. *www.dorothee-beck.de*

Thomas Gesterkamp ist promovierter Politikwissenschaftler, Journalist und Autor mehrerer Bücher zu geschlechterpolitischen Themen. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Männerpolitik und Antifeminismus; die Publikation *Geschlechterkampf von rechts – Wie Männerrechtler und Familienfundamentalisten sich gegen das Feindbild Feminismus radikalisieren* regte ab 2010 umfangreiche Debatten vor allem im Internet und in Fachkreisen an. *www.thomasgesterkamp.com*

Andreas Kemper, freischaffender Soziologe, forscht, recherchiert und publiziert zu antifeministischen Netzwerken und Männlichkeiten, zu Klassismus und Bildungspolitik, zu den Strömungen der AfD, zu Faschismus und Neoproprietarismus («radikaler Neoliberalismus«). Herausgeber des Diskursatlas Antifeminismus. *https://andreaskemper.org/*

Barbara Stiegler, promovierte Diplompsychologin, Diplompädagogin. Bis 2011 Leiterin des Arbeitsbereiches Frauen- und Geschlechterforschung in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Geschlechterpolitische Beratung mit den Schwerpunkten: Aufwertung bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit, strategische Institutionalisierung von Geschlechterpolitik, aktiv im Netzwerk GMEI. *www.stiegler-barbara.de*

Henning von Bargen, Soziologe und Erziehungswissenschaftler. Von 1997 bis 2007 Referent für die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie bei der Heinrich-Böll-Stiftung. Seit 2007 Co-Leitung des Gunda-Werner-Instituts für Feminismus und Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung. Arbeitsgebiete und inhaltliche Schwerpunkte u.a. Anti-Feminismus und Rechtspopulismus, Männer- und Männlichkeitspolitiken, Geschlechter- und Gleichstellungspolitiken. *www.gwi-boell.de/de/person/henning-von-bargen*

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Kontakt: Henning von Bargen, Gunda-Werner-Institut **E** *VonBargen@boell.de*

Erscheinungsort: *www.boell.de*
Erscheinungsdatum: Oktober 2021
Covermotiv: IMAGO/Westend61 (Alle Rechte vorbehalten)
Zum Motiv: «In der virtuellen Welt der Antifeministen spielen die rote und die blaue Pille eine wichtige Rolle, sie werden als Anspielungen häufig verwendet. Das Schlucken der Roten Pille wird mit einem ‹Aufwachen› oder einer ‹Erleuchtung› gleichgesetzt; während alle anderen, sogenannte ‹Normies›, noch der Propaganda der Lügenpresse verfallen sind, erkennt der Redpiller die Welt, wie sie wirklich ist: Ein ‹Feminat›, in dem Frauen den Feminismus als ‹sexuelle Strategie› verwenden, um die weißen, heterosexuellen CisMänner anhand von falschen Vergewaltigungsbeschuldigungen, Unterhaltsklagen und Gleichstellungsgesetzen zu unterdrücken. Redpiller sehnen sich zurück ins Patriarchat.»
Zitat aus: «Frauenhassende Online-Subkulturen», Amadeu Antonio Stiftung.

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Weitere E-Books zum Downloaden unter *www.boell.de/publikationen*